

01 / 12 / 01 / 16

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



**Präventionsteams unterwegs –
Kampagne »Riegel vor!« wird ausgebaut**

> **NEUE STREIFENWAGEN – MODERN UND PRAXISTAUGLICH**

> **KONGRESS CYBERCRIME – HERAUSFORDERUNGEN GEMEINSAM MEISTERN**

»Gezielte polizeiliche Präsenz und persönliche Gespräche motivieren die Bürgerinnen und Bürger, aufmerksam zu sein und im Verdachtsfall die 110 zu wählen.«

Dieter Schürmann
Landeskriminaldirektor NRW



Liebe Leserinnen und Leser,

die Bekämpfung des Wohnungseinbruchs ist für die Polizei Nordrhein-Westfalen nach wie vor von herausragender Bedeutung. Als Landesschwerpunkt bezieht sie neben der repressiven Kriminalitätsbekämpfung die Kriminalprävention und den Opferschutz mit ein.

Trotz aller polizeilichen Maßnahmen ist die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle in Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2015 um 15,4% auf über 33.500 Fälle gestiegen. Aber nicht nur die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle nimmt zu, sondern auch die dadurch verursachten finanziellen Schäden. Mindestens ebenso schwer wie die finanziellen Verluste wiegen die seelischen Folgen eines Wohnungseinbruchs. Viele Betroffene fühlen sich über lange Zeit in den eigenen vier Wänden unsicher und hilflos. Fast 25 Prozent der Betroffenen würden deshalb nach einem Einbruch am liebsten den Wohnort wechseln – beinahe zehn Prozent setzen diesen Entschluss auch um.

Gründe genug für die Polizei NRW, neben den ganzjährig durchgeführten präventiven und repressiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs, die Kampagne »Riegel vor! Sicher ist sicherer.« mit dem neuen Baustein »Brennpunktorientierte Einbruchsprävention« zu ergänzen.

Die Kreispolizeibehörden Bonn, Dortmund, Gütersloh und Mönchengladbach treffen als Pilotbehörden brennpunktorientierte Maßnahmen unter dem Motto »Einbrecher stoppen – Gezielt Wohnraum schützen durch Präsenz und Beratung«.

Die in Uniform eingesetzten Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen Kriminalprävention und Bezirksdienst dienen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Bevölkerung vor Ort und können nicht nur Hinweise zum Einbruchschutz bzw. zur Sicherung des Wohneigentums geben, sondern auch wichtige Hinweise zu verdächtigen Personen, Kraftfahrzeugen und Situationen entgegennehmen. Dabei gehen sie gemeinsam in die Wohngebiete, die unter Einbeziehung zurückliegender Taten, aktueller Deliktbelastung und gezielter Hinweise aus der Bevölkerung als Brennpunkt identifiziert wurden.

Die stärkere Präsenz und die Wahrnehmbarkeit der Polizei an Brennpunkten führten bereits zu ersten Erfolgen. Anzahl und Qualität der tatrelevanten Hinweise konnten erhöht werden. Positive Rückmeldungen belegen, dass Bürgerinnen und Bürger die Beratung vor Ort gerne annehmen und durch persönliche Gespräche motiviert werden, aufmerksam zu sein und im Verdachtsfall die 110 zu wählen.

Auch Kooperationen auf Landesebene, wie z. B. mit dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland-Westfalen e.V. (vdw) führen dazu, die technische Sicherung von Wohnungen zu verbessern. So werden beispielsweise in den Wohnungen der Mitgliedsunternehmen des vdw einbruchhemmende Türen und Fenster eingebaut.

Denn mehr Vorsorge und mehr Einbruchschutz bedeuten: Weniger Menschen werden zu Einbruchopfern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam den Wohnungseinbruch mit Wachsamkeit, guter Ermittlungsarbeit und gelebter Prävention bekämpfen, um so den Schutz des Eigentums und der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und das Vertrauen in die Polizei zu stärken.

Ihr Dieter Schürmann

INHALT

- 02 __ Editorial
- 47 __ Impressum

TITEL

- 04 __ **Einbruchschutz-Kampagne »Riegel vor!« wird ausgebaut**
Polizei NRW setzt auf Präventionsteams in Wohngebieten
- 08 __ **Erstaunliche Effekte**
Brennpunkt-orientierte Einbruchsprävention schreckt die Täter ab und sensibilisiert die Anwohner
- 10 __ **Zwischenbericht des Forschungsprojekts »Wohnungseinbruchdiebstahl«** Autobahnnähe, Beute und andere interessante Ergebnisse

EINSATZ

- 14 __ **Neue Verwaltungsvorschriften und Tipps von Praktikern eingearbeitet**
Die Neuauflage des Faltblatts »Waffenkalender«

KRIMINALITÄT

- 16 __ **Kongress Cybercrime 2015**
»IT-Sicherheit ist wie das Erlernen einer Sprache«
- 20 __ **Aufklärung von 200 Straftaten pro Monat** Im LKA nrw wird mit dem automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystem AFIS erfolgreich gearbeitet

VERKEHR

- 24 __ **Interview mit dem neuen Verkehrsreferenten im MIK NRW**
»Wir müssen künftig noch stärker an einem Strang ziehen«
- 28 __ **Polizei NRW erwischt 100.000 Handy-Sünder** »Der Blick aufs Display beim Autofahren ist lebensgefährlich«
- 29 __ **Senioren für bessere Sichtbarkeit im Straßenverkehr sensibilisieren** Aktion »Sehen und Gesehen werden«

TECHNIK

- 30 __ **Erst die Praxis, dann der Preis**
Der Weg zum neuen Streifenwagen – LZPD NRW stellt hohe Anforderungen an Hersteller
- 34 __ **120 neue Motorräder für die NRW-Polizei** Neuer Signalgeber ermöglicht sicheres Anhalten von Fahrzeugen

SPORT

- 36 __ **Wettkampfprogramm der Polizei NRW 2016**

PRISMA

- 37 __ **Start des Projekts »FobiPol«**
Wesentlicher Baustein für die Leistungsfähigkeit der Polizei NRW
- 39 __ **Tauschgesuch**
- 40 __ **Keine Sorge – sie passt gut zu uns!**
Die Generation Y und die Folgen für die Polizei
- 44 __ **Selbsterfahrungsseminar »Mann o Mann«** Auf den Spuren von Franziskus von Assisi
- 45 __ **Veranstaltungsangebote 2016 der Evangelischen Polizeiseelsorge**

PREISRÄTSEL

- 46 __ **ABBA The Show**
Die Streife verlost 3 x 2 Tickets



Einbruchschutz-Kampagne »Riegel vor!« wird ausgebaut Polizei NRW setzt auf Präventionsteams in Wohngebieten

Unter dem Motto »Einbrecher stoppen – Gezielt Wohnraum schützen durch Präsenz und Beratung« hat die NRW-Polizei Ende August in Bonn ein neues Projekt gestartet. Es ist ein zusätzlicher Baustein der Kampagne »Riegel vor! Sicher ist sicherer.«. »Wir wollen damit vor allem die Wohngebiete, die von Einbrüchen betroffen sind und auch weiterhin für Einbrecher attraktiv sein könnten, wirksamer schützen«, erläutert NRW-Innenminister Ralf Jäger. »Wenn eingebrochen wurde, befürchten die Menschen in der Nachbarschaft, ebenfalls Opfer eines Einbruchs zu werden. Genau dann wollen wir für die Anwohnerinnen und Anwohner da sein und ihnen noch mehr Sicherheit geben. Den Einbrechern geben wir damit das Signal, dass wir wachsam sind. Das schreckt ab.«

Anfang September startete das Projekt auch in Dortmund, Gütersloh und Mönchengladbach. Täglich wertet die Polizei dort gezielt die Informationen zum Wohnungseinbruch aus, um regionale Brennpunkte rechtzeitig zu erkennen. Als Präventionsteams gehen dann Einbruchschutzberater und Bezirksdienstbeamte gemeinsam und gut erkennbar in Uniform in die Wohngebiete, in denen aktuell vermehrt eingebrochen wurde. Darüber hinaus werden in den betroffenen Wohngebieten zusätzliche Streifen eingesetzt. »Wir verzahnen das Expertenwissen der Einbruchschutzberater mit der Ortskenntnis und guten Ansprechbarkeit der Bezirksdienstbeamten. Es ist erfolgversprechend, dass wir diese Kompetenzen bündeln«, betont Jäger. Die

Präventionsteams sprechen die Menschen an, die Opfer eines Einbruchs geworden sind und die Menschen in der direkten Nachbarschaft. Dabei fragen sie einerseits gezielt nach verdächtigen Beobachtungen und holen so aktiv Hinweise ein, um die Einbrüche aufzuklären. Gleichzeitig geben sie Haus- und Wohnungsinhabern wichtige Tipps zum Einbruchschutz und vermitteln weitergehende Beratungsangebote.

Für Ralf Jäger ist es besonders wichtig, dass die Vorgehensweise ganzheitlich ist, damit sie vor Ort möglichst viel erreicht: »Wir nehmen die objektiven Einbruchszahlen sehr ernst, denn sie geben uns Auskunft über Tendenzen, über Entwicklungen und Wirkungen. Genauso ernst müssen wir aber auch das Sicherheitsgefühl jedes Einzelnen nehmen. Und diese Gefühle sind sehr unterschiedlich, stark individuell geprägt. Deshalb ist es wichtig, dass wir ganzheitlich ansetzen, breit gefächert und an vielen Punkten, um für ein Höchstmaß an Sicherheit zu sorgen. Und genau das tut unsere Polizei in NRW. Die Beamtinnen und Beamten sorgen mit viel Einsatz dafür, dass Straftaten konsequent verfolgt werden. Sie arbeiten mit ebenso viel Hochdruck daran, Straftaten bereits im Vorfeld zu verhindern. Dieses Zusammenspiel zwischen Prävention und Repression ist sinnvoll.«

Da die Wohnungseinbrüche weiter ansteigen, bleibt die Offensive gegen Einbrecher eine Schwerpunktaufgabe der Polizei. Diese hat den Kontroll- und Fahndungsdruck auf reisende Einbrecherbanden ebenfalls noch einmal verstärkt. Die landesweiten Konzepte »Riegel vor! Sicher ist sicherer« und »Mobile Täter im Visier« (MOTIV) werden konsequent fortgesetzt und ständig weiterentwickelt.



MOTIV – »Mobile Täter im Visier«

Mit der Rahmenkonzeption »MOTIV« wird der Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf mobile und überregional agierende Täterbanden erhöht. Die beim Landeskriminalamt (LKA) eingerichtete Koordinierungsstelle »MOTIV« (KOST »MOTIV«) identifiziert mobile Intensivtäter und weist diese zur weiteren Bearbeitung der zuständigen Kriminalhauptstelle zu. Des Weiteren obliegen der KOST »MOTIV« insbesondere koordinierende und qualitätssichernde Aufgaben sowie der länder- und staatenübergreifende Informationsaustausch zu »MOTIV«-Tätern. Die 16 Kriminalhauptstellen führen die Ermittlungen gegen die vom LKA identifizierten »MOTIV«-Täter personenorientiert und vorzugsweise in Ermittlungskommissionen durch. Hierzu entwickeln sie repressive und präventive Konzepte und schöpfen – in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft – alle einsatz- und kriminalfachlich gebotenen Ermittlungsoptionen konsequent aus. Die Ergebnisse bis heute können sich durchaus sehen lassen: Bis Ende Oktober 2015 wurden 433 Mobile Intensivtäter identifiziert, 131 Täter sind in Haft.

Privatsphäre schützen

Wie wichtig die Sicherung von Haus und Wohnung ist, macht NRW-Innenminister Ralf Jäger an einem Beispiel deutlich: Ein 50-jähriger Bonner bemerkte, als er nach Hause kam, dass bei ihm eingebrochen worden war – die Täter hatten ein Terrassenfenster aufgehebelt. Sie hatten die

Zimmer durchsucht und dabei einen Laptop und eine Geldbörse mit persönlichen Papieren erbeutet. Außerdem stahlen sie mit den ebenfalls entwendeten Wagenschlüsseln die beiden vor dem Haus geparkten Autos der Familie. Die Polizei fahndete nach den Fahrzeugen und stellte einen der Wagen in Italien sicher. Sie ermittelte insgesamt drei Täter und machte sie dingfest.

Rund 40 Prozent der Einbrüche in Nordrhein-Westfalen bleiben im Versuch stecken, weil Täter die technischen Sicherungen nicht überwinden können, bei der Tatausführung gestört oder aus anderen Gründen abgehalten werden. Das ist vor allem das Ergebnis der jahrelangen Bemühungen, den Einbruchschutz zu verbessern. »Ein gescheiterter Einbruch bedeutet für die Opfer daher häufig, der Täter war nicht in ihrer Wohnung. Er hat ihre Privatsphäre nicht betreten und auch private Dinge nicht durchwühlt. Es bleibt zwar ein Sachschaden an Tür oder Fenster, die schlimmen Ängste und Belastungen, die mit einem vollendeten Einbruch einhergehen, bleiben dem Geschädigten jedoch erspart«, so Jäger.



Landesweite Aktionswoche im Oktober

Am 19. Oktober hatte Ralf Jäger außerdem zur Auftaktveranstaltung der Aktionswoche »Riegel vor! Sicher ist sicherer.« in Bielefeld eingeladen. Es war bereits die dritte Aktionswoche der Einbruchschutz-Kampagne in NRW. Die Auftaktveranstaltung fand in einer Wohnanlage der »Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH« (BGW) statt. Die BGW ist Mitglied im Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (vdw) Rheinland Westfalen, einem Kooperationspartner der Polizei NRW. Der Medientermin begann mit einer moderierten Gesprächsrunde, an der neben Ralf Jäger auch Norbert Müller, der Geschäftsführer der BGW, die Bielefelder Polizeipräsidentin Dr. Katharina Giere, Alexander Rychter vom vdw sowie Wolfram Dreier, ein Mieter der Wohnanlage, teilnahmen. Innenminister Ralf Jäger lobte die gute Kooperation zwischen Polizei und vdw: Die Mehrzahl der im vdw organisierten Wohnungsunternehmen lässt sich bei Neu- und Umbauten zur Einbruchssicherung beraten. »Die Sicherungen, die die BGW in dieser Wohnanlage eingebaut hat, sind vorbildlich«, so der Minister.

EINBRÜCHE IN NRW

Warum hat das Bundesland NRW so hohe Fallzahlen im Bereich Wohnungseinbruch?

In NRW befinden sich mit Köln, Düsseldorf, Dortmund und Essen allein vier der zehn größten Städte Deutschlands.

Besonders in der Region Rhein-Ruhr gibt es starke Ballungsräume.

Mit fast 18 Millionen Einwohnern wäre NRW – wenn es ein eigener Staat wäre – unter den Top Ten in Europa, sogar

noch vor Ländern wie Griechenland, Belgien oder Portugal.

NRW verfügt über eine starke Infrastruktur mit vielen Fernstraßen und Autobahnen. Alleine im Rhein-Erft-Kreis gibt es etwa die A1, die A61 oder die A555.

All das ergibt in der Summe für die Täter viele Tatgelegenheiten, hohe Anreize und vor allem gute Fluchtmöglichkeiten.

Erfolgreiche Ordnungspartnerschaft in Bielefeld

Polizeipräsidentin Dr. Katharina Giere machte auf die seit 2005 bestehende Ordnungspartnerschaft »Sicher wohnen in Bielefeld« zwischen der Polizei Bielefeld und der Bielefelder Wohnungswirtschaft aufmerksam. Die Ordnungspartner, unter anderem auch die BGW, setzen sich gemeinsam erfolgreich für städtebauliche Kriminalprävention und Wohnumfeldgestaltung sowie für technische Prävention und Einbruchschutz ein. Der Geschäftsführer der BGW, Norbert Müller, bezeichnete die Kooperation mit der Polizei Bielefeld als partnerschaftlich und konstruktiv. Auch Alexander Rychter betonte, dass sich seit Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung vor einem Jahr viel getan hat: Vielerorts würde sehr gut mit der örtlichen Polizei kooperiert. Wolfram Dreier machte als Mieter deutlich, wie wichtig die technischen Sicherungen in der Wohnanlage für ihn sind und wie sicher er sich dadurch fühlt.

Im Anschluss an die Gesprächsrunde vergaben Ralf Jäger und Dr. Katharina Giere die Präventionsplakette des Netzwerkes »Zuhause sicher« an die BGW – für die Umsetzung der polizeilichen Empfehlungen zur Kriminalprävention beim Bau dieser Wohnanlage. Dabei legten sie selbst Hand an und montierten die Plakette an einer Hauswand der Wohnanlage.

Bis zum 25. Oktober waren die Expertenteams der Polizei unterwegs, beispielsweise bei Bürgervereinen und auf Wochenmärkten. Sie informierten die Menschen kostenlos, wie sie ihre vier Wände gegen Einbrecher sichern können. Die Experten gaben außerdem Tipps, wie man sich als Zeuge bei verdächtigen Beobachtungen im Wohngebiet richtig verhält.

Gespräche mit Bürgern

Ralf Jäger lud im Rahmen der Aktionswoche auch zu einem Bürgergespräch ein. Gemeinsam mit der Bonner Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa beantwortete

er auf einer Informationsveranstaltung in Königswinter-Stieldorf im Rhein-Sieg-Kreis die Fragen von interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern und klärte über die wichtigsten Maßnahmen rund um den Einbruchschutz auf. Der Minister lobte außerdem das Engagement des Bürgervereins aus Vinxel, einem Ortsteil von Königswinter, in Sachen Prävention: Nach einer Einbruchserie im vergangenen Jahr hatte der Verein Haustür- und Briefkasten-Aufkleber mit der Aufschrift »Stop! Nachbar passt auf!« an die Bürgerinnen und Bürger verteilt und Informationsveranstaltungen zum Thema Einbruchschutz organisiert.

/// Redaktion Streife





Im Rahmen der Auftaktveranstaltung vergaben Innenminister Ralf Jäger und die Bielefelder Polizeipräsidentin Dr. Katharina Giere die Präventionsplakette des Netzwerks »Zuhause sicher« an die bcw.

»PREDICTIVE POLICING« BEI DER POLIZEI NRW

Predictive Policing (»vorhersagende Polizeiarbeit«) ist weltweit eines der spannendsten Polizeithemen. Mit Erlass vom 5. Februar 2015 hat das MIK NRW daher das LKA mit der Durchführung des Projektes »Predictive Policing« beauftragt. Ziel des Projektes ist es, Möglichkeiten und Grenzen der Prognose von Kriminalitätsbrennpunkten sowie die Effizienz und Effektivität darauf aufbauender polizeilicher Interventionen im Rahmen eines Pilotversuchs zu prüfen. »Im Moment sind wir noch in der Erprobungsphase, wir testen das Modell am Beispiel des Wohnungseinbruchs in den Projektbehörden Köln und Duisburg«, erklärt NRW-Innenminister Ralf Jäger.

Für die Polizei NRW könnte ein System wie »Predictive Policing« es möglich machen, Kriminalitäts-

schwerpunkte nicht nur im Nachhinein zu erkennen, sondern deren Entwicklung und mögliche Verlagerung bereits zu prognostizieren. So wäre es möglich, Polizeikräfte noch zielgerichteter und effektiver einzusetzen.

Um einen wirklichen Überblick über die Leistungsfähigkeit des Testsystems zu bekommen, haben die Experten des LKA nicht nur berechnete Gebiete, sondern auch alle angrenzenden Gebiete im Blick. Darüber soll ein mögliches Ausweichverhalten potentieller Straftäter schnell erkannt werden. »Ob dies so ist, ist ebenfalls eine Frage, die während der Pilotphase beantwortet werden soll. Sollte »Predictive Policing« funktionieren, so ist es unser Ziel, es für die Polizei NRW auch verfügbar zu machen«, betont der Minister.

LANDESPROJEKT ZUR BEKÄMPFUNG DER EIGENTUMSKRIMINALITÄT (IM BESONDEREN DES WOHNUNGSEINBRUCHDIEBSTAHL) UND DES TASCHENDIEBSTAHL

Dem Projekt obliegt das landeszentrale kontinuierliche Monitoring und Controlling der spezifischen polizeilichen Einsatz- und Ermittlungsaktivitäten. Mit daraus abgeleiteten Auswerte- und Analyseergebnissen unterstützt und fördert es tagesaktuell die Kreispolizeibehörden (KPB) bei der operativen Kriminalitätsbekämpfung, spezialisierten Spurensuche/-sicherung an Tatorten, zielgerichteten Personen- und Sachfahndung, täterbezogenen Ermittlungsführung sowie der bürger- und brennpunktorientierten Präventions- und Netzwerkarbeit. Die Projektleitung des auf zunächst zwei Jahre befristeten Projekts liegt beim LKA. Der Projektleitung sind Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte der fachlich zuständigen Abteilungen des LKA, des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste sowie der KPB zugeordnet. Zur Projektsteuerung hat das LKA eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Erstaunliche Effekte Brennpunktorientierte Einbruchsprävention schreckt die Täter ab und sensibilisiert die Anwohner

Im Rahmen der Ergänzung des Konzeptes »Riegel vor! Sicher ist sicherer.« wurde Anfang September in vier Kreispolizeibehörden (KPB) in NRW die brennpunktorientierte Kriminalprävention des Wohnungseinbruchs eingeführt. Eine dieser Pilotbehörden ist die KPB Gütersloh. Die »Streife« hat vier Präventionsbeamte im November bei ihrem Rundgang in Rietberg begleitet. Ihre stärkere Präsenz in Brennpunktvierteln hat bereits zu erstaunlichen Effekten geführt.

Im Schrittempo fährt der Streifenwagen durch eine Wohnsiedlung in Rietberg. Hier und da schauen Anwohner aus ihren Fenstern, eine Frau lächelt den Polizeibeamten zu. »Anfangs waren wir zugegebenermaßen skeptisch. Doch schon nach kurzer Zeit konnten wir mit dem neuen Konzept wichtige Hinweise zu Tatgeschehen aufnehmen, an die wir sonst nicht gekommen wären«, erzählt Dirk Struckmeier, Technischer Sicherheitsberater des Kriminalkommissariats Kriminalprävention/Opferschutz (KK KP/O) bei der KPB Gütersloh. Obwohl er Kriminalbeamter ist, trägt er heute Uniform, ebenso wie der Bezirksdienstbeamte Birger Rosenau, der neben ihm sitzt und den Bulli langsam durch die Straßen lenkt.

»Beratungsgespräche zum Einbruchschutz gab es schon immer bei uns. Wir sind auch zu den Bürgern nach Hause gegangen. Neu ist allerdings, dass wir direktionsübergreifend und unmittelbar nach einer Häufung von Einbrüchen in die Siedlungen gehen, die wir als Brennpunkte identifiziert haben. Wir arbeiten noch zielorientierter. Und das zeigt eine positive Wirkung!«

Die Polizeibehörden entscheiden unter Beachtung der aktuellen Deliktsbelastung, der Anzahl an Hinweisen über verdächtige Beobachtungen aus der Bevölkerung und weiteren, raumbezogenen Kriterien, ob es sich um einen Brennpunkt im Sinne der Konzeption handelt. Seit September konnte das Team in der KPB Gütersloh anhand seiner Bewertungskriterien vier Brennpunkte ausmachen.

So kristallisierte sich Anfang November die Rietberger Innenstadt als neuer Brennpunkt heraus. Dirk Struckmeier und drei seiner Gütersloher Kollegen gehen heute gemeinsam in die verkehrsberuhigte Siedlung, um Anwohner zu Beobachtungen in Zusammenhang mit den Einbrüchen zu befragen. Bei der Gelegenheit geben sie auch immer Präventionstipps. Der Bulli, mit dem sie unterwegs sind, ist mit einem auffälligen Banner zum Thema »Einbruch« überzogen und weckt sofort die Aufmerksamkeit der Anwohner, die dem Fahrzeug neugierig nachschauen.

Hohes Interesse an Präventionstipps durch persönliche Betroffenheit

»Vor zwei Tagen kam es hier zum letzten Einbruch«, sagt der Kriminalbeamte Guido Baratella und zeigt auf ein freistehendes, verklüftertes Einfamilienhaus. Der technische Sicherheitsberater erklärt, dass die Familie in Urlaub sei und unbekannte Täter die Glasscheibe der Terrassentür eingeschlagen hätten. »Und niemand hat es gehört.«

Die vier Beamten trennen sich, um in Zweiertteams die Anwohner der anliegenden Häuser aufzusuchen. Die Bürger zeigen sich interessiert. Dass es in den letzten Tagen zu mehreren Einbrüchen in ihrer Nachbarschaft gekommen ist, macht sie betroffen und sie nehmen die Präventionstipps der Beamten gerne entgegen. Einige von ihnen vereinbaren mit den Polizisten sofort einen Termin für eine kostenlose, umfassende Sicherheitsberatung in ihrem Haus.



Guido Baratella (l.) zeigt Anwohner Michael Schäfer, wie er sich vor Einbruchdiebstahl schützen kann.

Fotos (3): MfK NRW

Die Gütersloher Präventionsbeamten konnten bei ihren Fußstreifen bereits einige interessante Hinweise zu Einbruchsgeschehen aufnehmen (v.l.n.r.): Guido Baratella, Dirk Struckmeier, Reinhard Tanger und Birger Rosenau



Im Verdachtsfall 110 wählen

Auf der Straße werden Guido Baratella und sein Kollege vom Bezirksdienst, Reinhard Tanger, von Michael Beckstett angesprochen. Als Herr Beckstett hört, dass in dem Haus gegenüber eingebrochen worden sei, horcht er auf, und er erzählt, dass er vor einigen Tagen einige Personen beobachtet hat, die am Bachlauf in der Siedlung vorbeigelaufen seien. Ein untypischer Weg für Fußgänger. Und da ihm diese Menschen auch unbekannt gewesen seien, habe er ein komisches Gefühl gehabt. Die Polizei habe er aber nicht gerufen. Als Baratella und Tanger ihm erklären, dass sie sich genau diese Anrufe wünschen, ist er erstaunt. »Das war doch kein Notfall!«

Aussagen wie diese kennen die Gütersloher Beamten bereits seit Beginn der brennpunktorientierten Streifen. Die erste Brennpunktanalyse Anfang September führte sie in eine Siedlung in Schloß Holte-Stukenbrock. Die Beamten trafen dort auf einen Nachbarn, der erzählte, dass er am Tag vor dem Einbruch auf seiner Terrasse gesessen habe. Plötzlich seien mehrere ihm unbekannte Männer an seinem Gartenzaun vorbeigelaufen. Ihm sei die Situation zwar verdächtig vorgekommen, aber die Polizei habe er trotzdem nicht informiert. »Dafür soll ich die 110 anrufen?«, habe er gefragt. Umso überraschter seien die Polizisten gewesen, als der Mann ihnen ein Foto von den mutmaßlichen Einbrechern auf seinem Handy gezeigt habe, das er in dieser Situation gemacht hatte. »Leider haben die Menschen Hemmungen, die Polizei zu informieren. Wir betonen daher, dass sie mit der 110 den Polizeiruf, und nicht zwingend den Notruf wählen.«

Anzahl und Qualität der tatrelevanten Hinweise können weiter erhöht werden

Auch als sich Ende September Einbrüche in Rheda häuften, suchten die Beamten die betroffene Siedlung auf. Guido Baratella ist vor allem eine Anwohnerin in Erinnerung geblieben: »Die ältere Dame hatte unmittelbar vor dem Einbruch in der Nachbarschaft zwei Männer in einem Pkw beobachten können. Als sie die beiden angesprochen habe, sei sie mit knappen Worten abgewiesen worden. Sie notierte sich das Kennzeichen und eine Personenbeschreibung und legte sich diesen Notizzettel auf den Küchentisch. Die Polizei rief sie nicht.«

Anfang Oktober sammelten die Beamten ähnliche Erfahrungen in einem Brennpunktgebiet in Wiedenbrück. Ein Anwohner hatte sich das Kennzeichen eines verdächtigen Fahrzeuges notiert, dies aber nicht der Polizei gemeldet. An einem anderen Nachbarn

waren zwei flüchtende Täter vorbeigelaufen. Da er sie aber nur grob habe beschreiben können, habe auch er nicht die Polizei gerufen.

»Hier gibt es offensichtlich noch Potential, um Hinweise auf die Täter gewinnen zu können«, sagt Baratella. Die brennpunktorientierte Streife sei optimal, um die Bürger zu erreichen, die noch vom Einbruch in ihrer Nachbarschaft beeindruckt seien, und ihnen die Botschaft zu vermitteln: »Wählen Sie im Verdachtsfall die 110!«

Die Polizei wird wahrgenommen – auch vom Täter

Die Gütersloher Polizei konnte nicht nur neue tatrelevante Hinweise gewinnen. Sie konnte auch einen weiteren, positiven Effekt feststellen, wie Dirk Struckmeier zum Ende des heutigen Rundganges erzählt: Das Konzept sieht ja eine direktionsübergreifende, erhöhte Präsenz der Polizei an den Brennpunkten vor. Neben den Präventionsteams suchen auch die Beamten des lokalen Wachdienstes im Rahmen der Streife vermehrt die betroffenen Siedlungen auf. Diese verstärkte Präsenz zeigt Wirkung: »Die Tätergruppierungen sehen uns und schrecken vor weiteren Taten zurück«, berichtet Struckmeier. »Da, wo vorher mehrfach täglich eingebrochen wurde, passiert für Wochen gar nichts mehr. Das war bis jetzt bei jedem Brennpunkt so. Und dieser Effekt ist erstaunlich!« ///

Sonja Petrović, MIK NRW



Anwohner Michael Beckstett (r.) hört aufmerksam zu, als Guido Baratella ihm erklärt, dass er nicht nur im Notfall sondern auch bei verdächtigen Beobachtungen die Polizei anrufen dürfe.

Zwischenbericht des Forschungsprojekts »Wohnungseinbruchdiebstahl«

Autobahnnähe, Beute und andere interessante Ergebnisse

Im September 2015 veröffentlichte das Landeskriminalamt (LKA) NRW den Zwischenbericht des Forschungsprojekts »Wohnungseinbruchdiebstahl« mit ersten zentralen Ergebnissen. Der Leiter des Forschungsprojekts im LKA, Kriminalhauptkommissar (KHK) Dr. Stefan Kersting, erklärt im Gespräch mit der »Streife«, wie die Aussagen erarbeitet wurden und welche Möglichkeiten sich für die Polizei NRW abzeichnen, künftig noch gezielter gegen Wohnungseinbrüche vorgehen zu können.

Streife: Die Konzepte »Riegel vor! Sicher ist sicherer« und »Mobile Täter im Visier (MOTIV)« sind Schwerpunkte in der Polizeiarbeit zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED). Warum wurde zusätzlich das Forschungsprojekt bei der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKF) des LKA im September 2013 initiiert?

Dr. Kersting: Die Fallzahlen sind beim WED seit 2008 deutlich gestiegen. Zur Erklärung dieser Fallanstiege führte die KKF bereits 2012 und 2013 eine Strukturanalyse auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) durch. Daraus ergaben sich erste Hinweise, dass die Fallanstiege, insbesondere die zur dunklen Jahreszeit, auf das Auftreten professioneller reisender Täter zurückzuführen sind. Für differenziertere Aussagen zu den Tätertypen brauchten wir zusätzliche Daten, die mit der PKS nicht erfasst werden. Hieraus entstand die Idee zum Forschungsprojekt WED.



Seit 2006 bei der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des LKA NRW:
Dr. Stefan Kersting, Polizeibeamter und promovierter Soziologe



»Die Autobahnnähe spielt in Großstädten keine Rolle«, weiß Dr. Stefan Kersting aus dem Zwischenbericht des Projekts mitzuteilen.

Streife: Welche Auswirkungen hätten die Informationen zu den Tätertypen auf die Ermittlungen?

Dr. Kersting: Die Ermittlungstaktik könnte bei der Suche nach dem Täter auf einen bestimmten Typ ausgerichtet und priorisiert werden. Daneben wird die Zusammenführung von Tatserien erleichtert.

Streife: Welche Tätertypen kristallisieren sich bei Ihrer bisherigen Auswertung heraus?

Dr. Kersting: Neben den professionellen Tätern erkennen wir erwartungsgemäß Täter aus dem Milieu der Beschaffungskriminalität und solche aus dem unmittelbaren Umfeld der Geschädigten. Die letztgenannten handeln meist weniger professionell, dafür aber bei günstiger Gelegenheit und auch bei niedriger Beuteerwartung. Einen hohen Anteil der professionellen Arbeitsweise finden wir bei den Tatverdächtigen mit osteuropäischer Staatsangehörigkeit.

Streife: Welche charakteristischen Merkmale am Tatort lassen auf einen professionellen Täter schließen?

Dr. Kersting: Da zeigen sich schon jetzt interessante Ergebnisse. Spannend ist beispielsweise der Zustand der Schrank-schubladen an einem Tatort: Stehen alle Schubladen auf oder ist nur die unterste herausgezogen? Wir vermuten: Der weniger professionell agierende Täter zieht die Schubladen von oben nach unten auf, muss die obere aber auch wieder schließen, um in die darunterliegende schauen zu können. Der Profi hingegen geht effizienter vor und zieht die Schubladen sofort von unten nach oben auf. Untermauert wird diese Annahme durch die höhere Beute, die bei dieser Suchstrategie erzielt wurde.

Streife: Und was hat es mit der Annahme auf sich, dass Objekte an Autobahnauffahrten besonders attraktiv für Einbrecher seien?

Dr. Kersting: Wir haben bei jedem Tatort unserer Fallakten gemessen, wie weit die Entfernung zur Autobahnauffahrt, zur nächsten Bundes-, Land- oder Kreisstraße und zum Stadtkern ist. Wir können nach unserer bisherigen Auswertung sagen, dass die Autobahnnähe in Großstädten keine Rolle spielt. Aber in kleineren Tatortgemeinden mit bis zu 50.000 Einwohnern sehen wir einen Zusammenhang: Je kleiner die Tatortgemeinde ist, und je näher dabei das Objekt zur Autobahn liegt, desto höher ist die durchschnittlich erzielte Beute. ReisendeTäter entfernen sich vermutlich nicht sehr weit vom Hauptstraßennetz, weil es ihnen an Ortskenntnis fehlt.

Streife: Gibt es sonst noch Merkmale, die ein Objekt für den Einbrecher attraktiv machen?

Dr. Kersting: Die Objekte aus unseren Ermittlungsfällen waren bis zu 50 Prozent in den letzten zehn Jahren schon einmal Tatort eines Einbruches. Zufällig aus dem Gemeindeverzeichnis gewählte Anschriften hingegen wiesen bei unseren Untersuchungen nur eine Wiederholungsquote von rund zehn Prozent auf. Kriminalpräventive Beratungen sind demnach insbesondere bei den Menschen erforderlich, die bereits einmal Opfer eines Einbruchdiebstahls geworden sind. Neben einer unzureichenden technischen Sicherung könnte eine fehlende Sozialkontrolle in den Wohngebieten mitunter eine Erklärung sein. Den möglichen Ursachen für eine erhöhte Gefährdung eines Objektes als Tatort werden wir weiter nachgehen.

Streife: In den Medien kam es zu missverständlichen Darstellungen Ihrer bisherigen Ergebnisse zu den versuchten Einbrüchen. Was konnte das Forschungsprojekt zu den Versuchsstraftaten feststellen?

Dr. Kersting: Ein Versuch liegt zum einen vor, wenn der Täter bereits beim Eindringen in das Objekt scheitert, aber auch, wenn trotz des Eindringens keine Beute erzielt wurde. Welche Art des Versuches vorliegt, lässt sich anhand der PKS nicht ablesen. Bei der Analyse der Ermittlungsakten haben wir diese Versuchsarten differenziert erhoben. Wir haben festgestellt, dass etwa ein Drittel der Täter in das Objekt eindringen konnten, ohne etwas daraus zu entwenden. Der Rest der Versuche ist darauf zurückzuführen, dass der Täter gar nicht erst ins Objekt kommt. Viele Menschen glauben immer noch: »Wenn der Profi will, kommt er eh rein. Da lohnt es sich doch gar nicht, zu investieren!« Nach dem Ergebnis unserer bisherigen Forschungen können wir jedoch sagen, dass gerade professionelle Täter einen hohen Versuchsanteil haben. Wir

erklären uns das damit, dass diese Täter-typen Objekte mit höherer Beuteerwartung angehen. Erfahrungsgemäß sind diese Objekte besser gegen Einbrüche gesichert, was zu einem häufigeren Scheitern beim Eindringen führt. Das zeigt, dass technische Sicherungen sehr wohl auch gegen professionelle Täter schützen. Über die Fälle, bei denen es wegen der guten technischen Absicherung gar nicht erst zu einem Versuch kommt, können wir naturgemäß nichts sagen.

Streife: Warum haben die Täter in einigen Fällen trotz des Eindringens nichts entwendet?

Dr. Kersting: Das kann daran liegen, dass keine passende Beute vorgefunden oder der Täter gestört wurde. Und hier wird es interessant: Die Wahrscheinlichkeit einer Störung ist beim Versuch viel höher als bei einer vollendeten Tat. Der Täter muss von irgendetwas oder irgendjemandem von der weiteren Tatausführung abgehalten worden sein. Die Chance, einen potentiellen Zeugen zu finden, ist hoch. Die Polizei sollte zur Gewinnung von Ermittlungshinweisen vermehrt auf die Menschen zugehen. Das Polizeipräsidium Essen hat diese Idee in ihre Einsatzkonzeption aufgenommen: Aktuell suchen dort – gerade bei Versuchsstraftaten – Polizisten die Tatorte auf und führen Nachbarschaftsbefragungen durch. ///
Das Interview führte
Sonja Petrović



KRIMINALISTISCH-KRIMINOLOGISCHE FORSCHUNGSSTELLE (KKF)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KKF des LKA NRW formulieren seit Gründung der Dienststelle im Jahr 2005 den konkreten Forschungsbedarf der Polizei NRW und transferieren durch eigene empirische Forschungsprojekte wissenschaftliche Erkenntnisse in die Polizeiarbeit. Durch die Analyse von Kriminalitätsstrukturen können Erkenntnisse zu Ursachen und Entwicklungen der Krimi-

nalitätsphänomene gewonnen werden. Diese Erkenntnisse wirken richtungsweisend für die Gestaltung der Kriminalitätsprävention und -bekämpfung. Anlass- und projektbezogen werden die Mitarbeiter der KKF durch Studierende der wissenschaftlichen Lehren temporär unterstützt, vor allem bei der Datenerhebung.

METHODISCHES VORGEHEN IM FORSCHUNGSPROJEKT »WOHNUNGSEINBRUCHDIEBSTAHL«

Zu den Jahren 2011 und 2012 existieren 107.429 Datensätze zu Wohnungseinbruchdiebstahl im polizeilichen Vorgangsverwaltungssystem IGVP. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Forschungsprojekts wählten nach einem Zufallsprinzip 5.000 geklärte und 5.000 ungeklärte Fälle aus und sichteten bis zur Erstellung des Zwischenberichtes 1.945 dieser staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren. Anhand eines detaillierten Auswerterasters erheben sie u. a. Informationen zu den Tatobjekten, zum Modus Operandi und zu Tatverdächtigen. Unter Anwendung statistischer Verfahren wird die Verbindung von Tattypen und entsprechenden Tatverdächtigen geprüft. Die Ergebnisse im Zwischenbericht beschränken sich auf die zentralen Befunde.

Eine Zuordnung von Tat zu Tätertypen ist erst nach Abschluss des Projekts Ende 2016 zu erwarten, weil die bisher zur Verfügung stehende Fallzahl nicht zu belastbaren Ergebnissen führt.

@ Die einzelnen Projektschritte und bislang erzielten Aussagen können im Zwischenbericht hier nachgelesen werden.
www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/150825_Zwischenbericht_Forschungsprojekt_WED.pdf





Neue Verwaltungsvorschriften und Tipps von Praktikern eingearbeitet Die Neuauflage des Faltblatts »Waffenkalender«

Bei der polizeilichen Arbeit müssen öfters Waffen und andere gefährliche Gegenstände beurteilt und waffenrechtlich eingestuft werden. Das ist nicht immer einfach. Damit die Kolleginnen und Kollegen stets auf dem rechtlich aktuellen Stand sind, aktualisiert das Dezernat 32 des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW in regelmäßigen Abständen ein Faltblatt, in dem die waffenrechtlichen Einschränkungen im Umgang mit Waffen und anderen Gegenständen zusammengefasst sind. Dieses Faltblatt verschafft den Nutzern eine kompakte Übersicht und ermöglicht eine rechtlich fundierte Vorgehensweise. Die neue Ausgabe des »Waffenkalenders« liegt dieser »Streife« bei.

Das Faltblatt bietet eine umfassende Übersicht über die Regelungen des Waffengesetzes unter Berücksichtigung der aktuellen Ausgabe der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz (WaffVwV). Bei der waffenrechtlichen Beurteilung ergeben sich für die Polizeibeamten immer drei Fragen:

Zunächst muss geklärt werden, ob eine Waffe im Sinne des Waffengesetzes vorliegt. Dazu werden im Waffenkalender ausführliche Beispiele aus den drei Waffengattungen des Waffengesetzes gegeben. Einen Sonderfall stellen hier die auch dort gelisteten Einhandmesser und Messer mit feststehender Klinge über 12 cm Länge dar.

Liegt nach erfolgter Überprüfung eine Waffe vor, ist zu klären, ob es sich um eine »verbotene Waffe« handelt. Dazu bietet der Waffenkalender eine auszugsweise tabellarische Übersicht des Abschnitts 1

der Anlage 2 des Waffengesetzes an. Die hier gelisteten Waffen unterliegen einem generellen Umgangsverbot.

Liegt keine »verbotene Waffe« vor, muss festgestellt werden, ob der Umgang mit der Waffe aus anderen Gründen eingeschränkt sein könnte. Dazu greift der Waffenkalender die bestehenden Altersgrenzen, Erlaubnisvorbehalte und Führungsverbote aus dem Waffengesetz auf.



Im Seminar »Waffenrecht im täglichen Dienst« im LAFP NRW wird die Nutzung des Waffenkalenders trainiert.



Fotos (2): MIK NRW

Nutzer des Waffenkalenders können also schnell feststellen, ob der Umgang mit einer Waffe oder einem anderem dort erwähnten Gegenstand eingeschränkt oder verboten ist, und welche Sanktionsnorm zur Anwendung kommt. Darüber hinaus werden im Fußnotenverzeichnis waffenrechtliche Begriffe erläutert.

Erfahrungen von Kursteilnehmern helfen bei der Neuauflage

Das Waffenrecht wird in der Seminarreihe »Waffenrecht im täglichen Dienst« beim LAFP NRW im Bildungszentrum Münster ausführlich behandelt. In diesem Seminar wird auch der Waffenkalender ausgegeben und seine Nutzung trainiert. In die aktuelle Neuauflage sind viele Erfahrungen und Rückmeldungen der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer eingeflossen. So konnten beispielsweise die Definitionen zu Umgangsarten und Führungsverboten sowie der Ordnungswidrigkeitentatbestand zur Ausweis- und Mitführipflicht nach Hinweisen der Kursbesucher ergänzt werden.

Mit Hilfe des Teildezernates 52.4 – Medieneinheit – des LAFP NRW konnte wieder ein grafisch ansprechendes und übersichtliches Hilfsmittel für die polizeiliche Arbeit erstellt werden. ///

Patrick Kiehne, LAFP NRW



Kongress Cybercrime 2015

»IT-Sicherheit ist wie das Erlernen einer Sprache«

Am 21. Oktober begrüßte Innenminister Ralf Jäger rund 350 Gäste aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Justiz und Polizei auf dem »Kongress Cybercrime 2015« im Congress Center der Messe Düsseldorf. Ziel der Veranstaltung war ein Austausch zum Thema »Cybercrime – eine Herausforderung für die Innere Sicherheit«. Hochkarätige Referenten lieferten wissenswerten Input zum Thema und diskutierten im Anschluss über den nötigen Handlungsbedarf. Durch die Veranstaltung führte Markus Röhl, der Leiter des Cybercrime-Kompetenzzentrums des Landeskriminalamts (LKA) NRW.

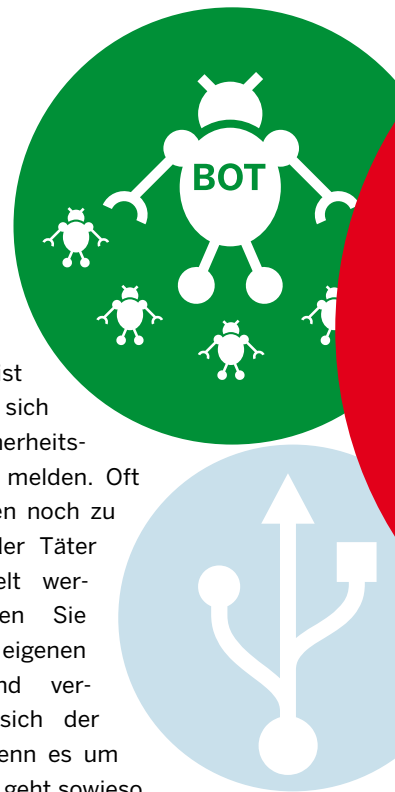
Ein Videotrailer, erstellt von einem Team der Bereitschaftspolizeihundertschaft des Polizeipräsidiums Düsseldorf, versetzte die Teilnehmenden atmosphärisch in die Welt der Cybercrime. Gleichzeitig wurden damit das Tagungsprogramm und die Referenten originell vorgestellt. In seiner Begrüßungsrede ging der Innenminister auf die zunehmende

Bedrohung durch immer aggressiver und raffinierter agierende Täter ein. »Cybercrime ist eine wachsende Gefahr für die Gesellschaft. Straftäter nutzen die fortschreitende Vernetzung und nehmen dabei private Internetnutzer genauso wie Behörden, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen in ihren kriminellen Fokus. Das Ausspähen von Bankdaten und Angriffe auf Computernetzwerke können jeden treffen«, betonte der Minister. Auf neue Entwicklungen müsse außerdem besonders schnell reagiert werden. Als aktuelles Beispiel nannte er den Hass im Netz gegen Flüchtlinge, der immer hemmungsloser und zunehmend unter Klarnamen verbreitet würde. »Die rechte Hetze im Internet ist widerlich und menschenverachtend. Das darf ein Rechtsstaat nicht dulden. NRW stellt sich dagegen – ab sofort ermitteln acht zusätzliche Kräfte beim LKA gegen Personen, die rechte Hetze verbreiten.« Ralf Jäger appellierte außerdem an die Wirtschaftsunternehmen, sich an die Polizei zu wenden, sollten sie Opfer von

Cybercrime werden. »Es ist nie zu spät, sich bei den Sicherheitsbehörden zu melden. Oft sind die Daten noch zu retten und der Täter kann ermittelt werden. Springen Sie über Ihren eigenen Schatten und vertrauen Sie sich der Polizei an. Wenn es um Kundendaten geht sowieso, aber auch wenn eigene Innovationen oder Ideen gestohlen wurden.« Letztendlich sei die gesamte Gesellschaft beim Thema Cybercrime gefordert, sich über Sicherheitsmaßnahmen zu informieren und diese umzusetzen. »Die beste Firewall bringt nichts, wenn man das Smartphone ungeschützt irgendwo liegenlässt«, betonte Jäger.

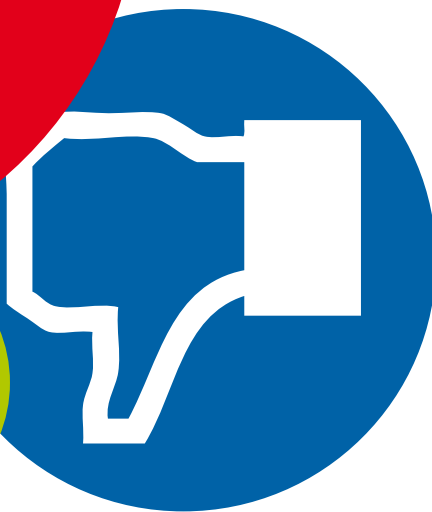
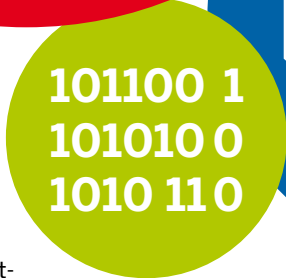
Bequemlichkeit ist der größte Feind der IT-Sicherheit

Im Anschluss stellte Prof. Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV eG und Mitglied des Nationalen Cybersicherheitsrats, die Gefahren für Wirtschaft und Gesellschaft durch Cybercrime dar. Die Bewältigung des digitalen Wandels sei die wichtigste Aufgabe unserer Zeit, meinte er. Technologien wie Cloud Computing, Smartphone-Apps oder Social Media stellten Nutzer vor große Herausforderungen. Häufig sei der Mensch die größte Schwachstelle. »Der beste Weg, um an Daten zu kommen, ist nach wie vor »Social Engineering«. Dabei erschleichen sich Kriminelle das Vertrauen potenzieller Opfer«, so Kempf. Der größte Feind der IT-Sicherheit sei die Bequemlichkeit – es gelte, einen Spagat hinzubekommen. Dieter Kempf betonte die Selbstverantwortung



Fotos (2): Christoph Götte

Innenminister Ralf Jäger begrüßte die Gäste und machte darauf aufmerksam, wie abhängig wir uns von Smartphones und anderen Geräten gemacht haben.



von Unternehmen, ihr eigenes Wissen zu schützen.

IT-Sicherheit sei erst einmal die Aufgabe der Unternehmen selbst – unterstützt würden sie durch ein nationales IT-Sicherheitsgesetz und die EU-Datenschutz-Grundverordnung. »IT-Sicherheit erreicht man nicht nur durch Prävention. Unternehmen müssen präventiv, detektiv und reaktiv gut aufgestellt sein«, so der Experte. Eine hundertprozentige Sicherheit könne man aber nie garantieren.

Cybercrime as a service

Ein weiterer herausragender Gastredner war Eugene Kaspersky, Gründer und Geschäftsführer des IT-Sicherheitsunternehmens »Kaspersky Lab«, der in seinem lebhaften englischsprachigen Impulsvortrag »Globale Gefahr Cybercrime – ein Blick in die Zukunft« die künftigen Risiken der digitalen Welt aufzeigte. Vor allem die zunehmende Vernetzung im Bereich »Smart TV«, »Smart Car« oder »Smart Home« würden Kriminellen neue Angriffsmöglichkeiten bieten. Darauf müsste die Gesellschaft sich vorbereiten – auch die

Polizei. Kriminelle würden sich zunehmend professionalisieren und »Cybercrime als Service« in Anspruch nehmen. Das Ausspionieren von Unternehmensdaten und die Sabotage von Kritischen Infrastrukturen stünden zukünftig vermehrt im Fokus

von Kriminellen. Aus diesem Grund müsse man neben sicheren Technologien und IT-Sicherheitsstrategien für Unternehmen auf internationale Kooperationen, eine zeitgemäße Gesetzgebung und die Sensibilisierung der Gesellschaft für IT-Sicherheit sowohl im privaten sowie im Berufsumfeld setzen.

Sieben Panels – sieben Sichtweisen

Im Anschluss hatten die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer die Möglichkeit, vormittags und nachmittags an jeweils einer einstündigen Panel-Veranstaltung teilzunehmen, die parallel zueinander angeboten wurden. Referenten aus unterschiedlichen Institutionen betrachteten dabei das Thema Cybercrime aus verschiedenen Blickwinkeln. Zu den Referenten am Vormittag gehörten Dr. Thomas Kremer aus dem Vorstand der Deutschen Telekom AG mit dem spannenden Thema »Cyber Security aus Sicht eines Global Players«, Prof. Dr. Marco Gercke von der Cybercrime Research Institute GmbH mit dem Beitrag »Cybercrime – Strafverfolgung»



Der weltweit bekannte Experte für Computersicherheit, Eugene Kaspersky, gewann in seinem lebhaften und teilweise spitzzüngigen Vortrag schnell die Aufmerksamkeit der Zuhörer.



Fotos (4): Christoph Cöttert

mit Recht«, der Soziologe und Informatiker Dr. Stephan Humer von der Berliner Universität der Künste mit seiner Einschätzung zur »digitalen Gesellschaft« sowie Guido Gehrt, Leiter der Bonner Redaktion des »Behördenspiegels« mit dem Thema »Schutz Kritischer Infrastrukturen«. Am Nachmittag konnten die Teilnehmenden

dann zwischen drei weiteren Vorträgen wählen: Stefan Becker vom LKA NRW und Alexander Geschonneck von KPMG Berlin setzten sich mit dem Thema »Herausforderungen für Cybercrime-Ermittlungen« auseinander. Mit dem Bereich »Datensicherheit und Wirtschaftsspionage« beschäftigte sich Ministerialdirigent

Burkhard Freier vom MIK NRW. In seinem Vortrag »Calling Sierra Leone – wenn der Router alleine die ganze Welt anruft« beschrieb Jan Schöllhammer von AVM, dem Hersteller der »FritzBox«, eindrucksvoll einen Cyber-Angriff auf Endkunden des Unternehmens und wie es gemeinsam mit dem LKA NRW gelungen ist, die Schwachstelle aufzuspüren und zu beseitigen.



Der Leiter des Verfassungsschutzes NRW, Burkhard Freier, informierte die Panel-Besucher über »Datensicherheit und Wirtschaftsspionage«.

Cybersicherheit zum Anfassen

In den Pausen konnten sich die Teilnehmenden des Kongresses an verschiedenen Infoständen im Foyer rund um das Thema Cybersicherheit informieren. So zeigten die Forensik-Experten des Cybercrime-Kompetenzzentrums anschaulich, wie bei der Betrugsmethode »Skimming« an Geldautomaten vorgegangen wird oder wie ein Router-Angriff funktioniert.

In der Ausstellung rund um das »Smart Home« wurde eindrucksvoll demonstriert, wie man sein Zuhause mithilfe von vernetzter Computertechnik gegen Einbrecher schützen kann. Zu den weiteren Ausstellern zählten die Präventionsfachstelle des LKA sowie Partner des MIK NRW, des Verfassungsschutzes und des Behördenspiegels. Rund 50 Helferinnen und Helfer aus dem LKA NRW sorgten an dem Tag für



»Die Bewältigung des digitalen Wandels ist die wichtigste Aufgabe unserer Zeit«, erklärte Prof. Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV eG und Mitglied des Nationalen Cybersicherheitsrates.

einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung. Auch die Presse zeigte reges Interesse am Cybercrime-Kongress – zahlreiche Print-, Hörfunk- und Fernseh-Journalisten waren vor Ort und führten Interviews mit den Referenten und Teilnehmenden.

Jeder braucht einen »Cyber-Security-Plan«

An der abschließenden Podiumsdiskussion »Wie kann sich die Gesellschaft, die Wirtschaft, der Einzelne gegen Cybercrime schützen? Welchen Stellenwert hat die Innere Cybersicherheit und was muss dafür getan werden?« beteiligte sich neben den Referenten Dr. Thomas Kremer, Prof. Dr. Marco Gercke und Dr. Stephan Humer auch Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann. Moderiert wurde die Runde von Paul Elmar Jöris, dem bekannten WDR-Hörfunk-Moderator. Einig waren sich die Referenten darüber, dass jeder Einzelne Verantwortung für seine Sicherheit im World Wide Web übernehmen muss. »Jeder Anwender muss sich darüber informieren, wie er sich schützen kann und entsprechende Maßnahmen ergreifen«, betonte Dieter Schürmann. Stephan Humer kritisierte, dass oftmals nur reagiert würde, anstatt das Thema aktiv

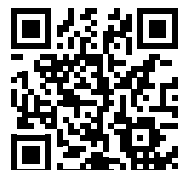
anzugehen. Marco Gercke sprach sich für einen »Cyber-Security-Plan« aus. »Jeder muss sich mit dem Thema auseinandersetzen. Jedem muss klar sein: Es kann passieren. Und jeder muss wissen: Was mache ich, wenn jemand meine Daten stiehlt?« Dazu müsse das Thema noch intensiver und zielgruppengerechter in die Schulen und die Weiterbildung getragen werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen. »IT-Sicherheit ist wie das Erlernen einer Sprache. Es ist komplex und anstrengend.

Man muss dranbleiben – und kann es nicht anderen überlassen«, so Humer. Aber auch auf Seiten der Technik gebe es noch Verbesserungspotenzial. So müsse es für den Endverbraucher einfacher werden, sich zu schützen. »Das Bedürfnis an IT-Sicherheit wird bei der Gesellschaft wachsen. Eine hundertprozentige Sicherheit kann kein Netzanbieter garantieren, das wäre unseriös. Aber man kann Vieles tun, zum Beispiel im Bereich Verschlüsselung«, so Thomas Kremer. */// Simone Wroblewski*

SONDERAUSGABE STREIFE »CYBERCRIME«

Die Sonderausgabe zum Thema »Cybercrime« kann als PDF von der Internetseite des MIK NRW heruntergeladen werden.

@ Das eigens produzierte Video zum Cybercrime-Kongress steht auf der MIK-Seite zur Ansicht zur Verfügung: <http://www.mik.nrw.de/kongress-cybercrime/video.html>



Aufklärung von 200 Straftaten pro Monat

Im LKA NRW wird mit dem automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystem AFIS erfolgreich gearbeitet

In den letzten Jahren haben sich die Möglichkeiten der daktyloskopischen Spurenauswertung deutlich weiterentwickelt und verbessert. Durch fortlaufende Softwareoptimierungen, Digitalisierung und internationalen Datenaustausch ergeben sich heute Identifizierungsmöglichkeiten, an die noch vor wenigen Jahren nicht zu denken war.

Vorsichtig und langsam ziehen die Ermittler die Folie vom Türrahmen. Die von ihnen gesicherte Fingerabdruckspur könnte der entscheidende Hinweis auf den unbekanntem Täter sein, der kurz vorher bei einer Schlägerei in einer Gaststätte im Dortmunder Rotlichtmilieu einen Mann mit mehreren Messerstichen getötet hat und dann unerkannt fliehen konnte. Die Spurensicherer übermitteln den Fingerabdruck mit blutverdächtigen Anhaftungen unverzüglich digital an das Landeskriminalamt (LKA) NRW. Dort wird die daktyloskopische Spur sofort mit dem deutschen Bestand des automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystems (AFIS) abgeglichen – ohne Treffer. Zeitgleich hat das LKA NRW aber auch die internationale Spurensuche nach den Vorgaben des Vertrags von Prüm veranlasst. Und die ergibt eine Übereinstimmung – die Spur kann einem Datensatz aus Bulgarien zugeordnet werden. Über das Bundeskriminalamt (BKA) und Interpol Sofia werden die Personalien der Person angefordert, die in der Vergangenheit von der bulgarischen Polizei erkennungsdienstlich behandelt und von der bei der Trefferübermittlung zunächst nur die daktyloskopische Personalnummer genannt worden war. Die Antwort erreicht die Sachbearbeiter noch am selben Tag, und die Ermittlungen können unverzüglich fortgesetzt werden. Mit Kenntnis der Personalien kann in Erfahrung gebracht werden,

dass der Spurenverursacher sich noch in der Tatnacht in einem Dortmunder Krankenhaus wegen einer angeblich durch eine Glasscherbe verursachten Schnittverletzung hat behandeln lassen. Kurze Zeit später kann die Polizei den Mann auf seiner Flucht zurück nach Bulgarien an der österreichisch-ungarischen Grenze in einem Reisebus festnehmen. Ermittlungsrelevante und zeitlich dringliche Spurenauswertungen wie in diesem Fall aus dem Jahr 2011 gehören inzwischen zur Arbeitsroutine beim AFIS im LKA NRW.

Bewährt und fortentwickelt – seit 23 Jahren

Von der französischen Firma Sagem/Morpho entwickelt, wurde AFIS erstmals im Jahr 1992 in Deutschland zur schnellen Erfassung von Fingerabdruckbögen und Durchführung von

Personenidentifizierungen im Rahmen von Asylverfahren (AFIS-A) eingeführt. Ein Jahr später wurde dieses Teilsystem auf alle beim BKA eingehenden Fingerabdruckbögen erweitert und, nach Einbindung der Landeskriminalämter, die Möglichkeit zur dezentralen Recherche daktyloskopischer Spuren der Fingerendglieder geschaffen. Diese Bund-Länder-Verbunddatei (AFIS-P) dient auch heute noch dazu, über einen daktyloskopischen Vergleich Personen und unbekannte Tote zu identifizieren.

Anfangs wurden die Originaltatortspurenkarten von den sachbearbeitenden Dienststellen per Briefpost an das LKA NRW versandt. Die Spurenkarten wurden dort zunächst mit Kamerastationen in Kühlschranksgröße und später über kleinere Flachbettscanner erfasst. Mit Einführung von Livescans wurde die Erfassung von Fingerabdruckbögen für das AFIS



Das AFIS-Team, hier Sachgebietsleiter Armin Schulz (l.) und Andreas Winzer, identifiziert pro Monat in mehr als 200 Fällen den Spurenverursacher.

Fotos (3): MJK NRW

mittlerweile digitalisiert. Die Übermittlung von Tatortspuren erfolgt seit dem Jahr 2011 ebenfalls digital.

Das Sachgebiet 56.2 (AFIS) stellt sich vor

Die durch die KTU der KPB digital angelieferten Tatortfinger- und Handflächenspuren werden beim LKA NRW im SG 56.2 von 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet und recherchiert. Durch die Fingerabdruckexperten werden täglich mindestens 40 aktuelle Spurenfälle im System neu recherchiert. Darüber hinaus werden regelmäßig alte Fälle aus dem AFIS-Bestand, die bislang keinem Verursacher zugeordnet werden konnten, zur Qualitätssicherung neu bearbeitet. Außerdem werden hunderte Trefferangebote aus dem Bestand offener Tatortspuren, die durch beim Bundeskriminalamt neu erfasste erkennungsdienstliche Behandlungen erzeugt werden, geprüft und gegebenenfalls verifiziert. Konnte ein Spurenverursacher identifiziert werden, fertigt das SG 56.2 daktyloskopische Identitätsnachweise und übermittelt sie den Sachverständigen der KTU zur abschließenden Auswertung. Kann durch die erste AFIS-Recherche kein Spurenverursacher ermittelt werden, werden alle nicht zugeordneten daktyloskopischen Spuren in den AFIS-Bestand genommen

und verbleiben dort bis zum Ablauf der gesetzlichen Verjährung bzw. bis zur Rückforderung durch die KTU. Momentan leistet das AFIS-Team durch Identifizierung von Spurenverursachern in mehr als 200 Fällen pro Monat einen wesentlichen Beitrag zur Klärung der Straftaten.

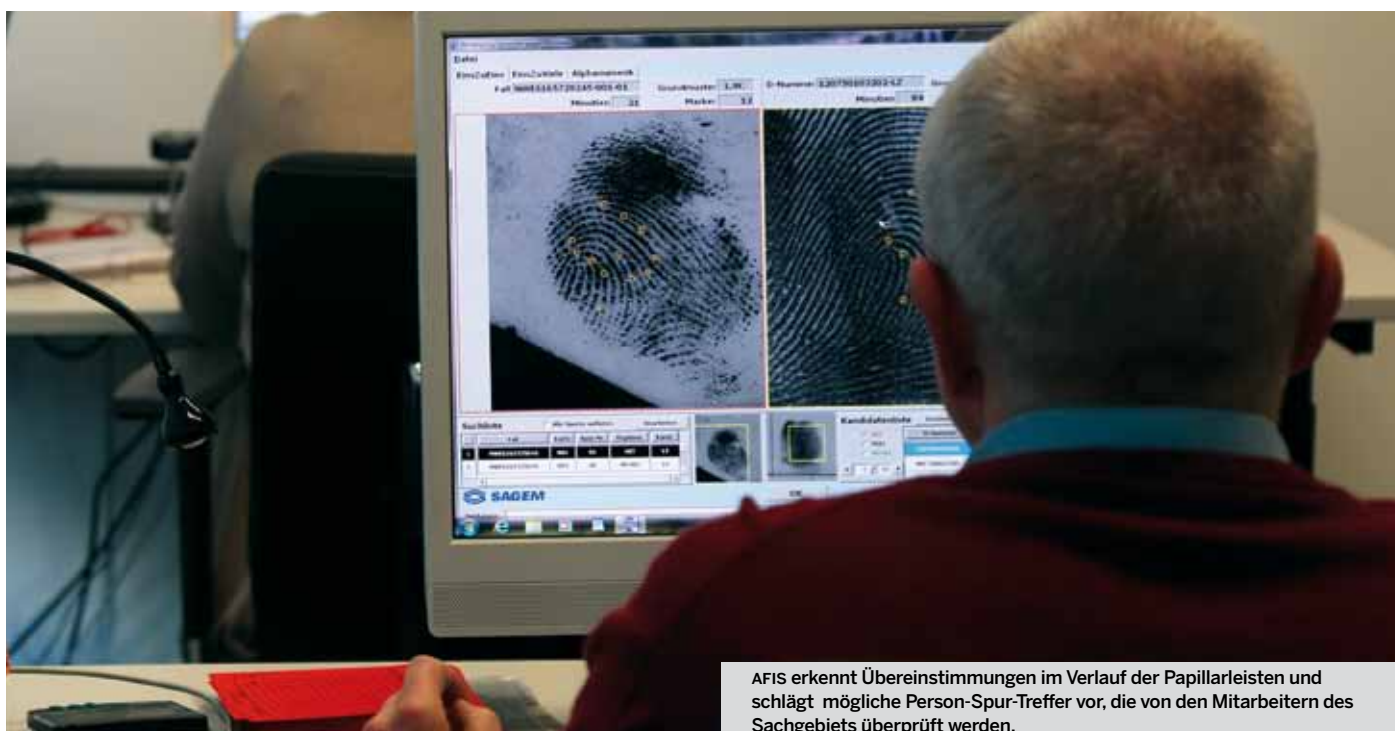
105.000 ungelöste Tatortspuren allein aus NRW

Die zentrale AFIS-Datenbank enthält über 420.000 Datensätze ungelöster Tatortspuren, von denen allein 105.000 für NRW eingestellt wurden. Zusätzlich sind im deutschen AFIS Fingerabdruckbögen von über drei Millionen Personen, davon rund 370.000 aus NRW (Stand: Anfang 2015), erfasst. Spurenrecherchen können grundsätzlich im Gesamtbestand des Systems erfolgen. Für NRW werden jährlich zwischen 8.500 und 9.500 Tatortspuren neu im AFIS bearbeitet und im Schnitt in ca. 28 Prozent der Fälle Spurenverursacher durch Recherche ermittelt. Durch die angewachsene Anzahl von Asylverfahren wird prognostiziert, dass der AFIS-Personenbestand in den nächsten Jahren auf mehr als fünf Millionen Personen anwachsen wird. >

WAS IST EURODAC?

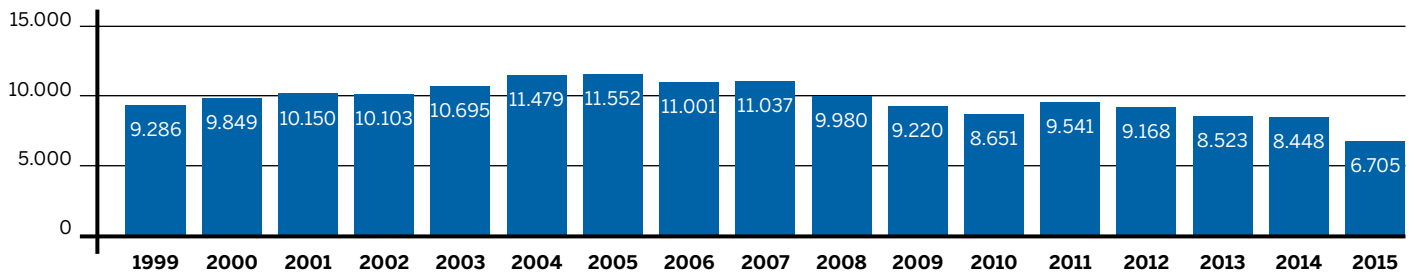
Eurodac ist ein zentrales, europäisches AFIS für Asylbewerber und unerlaubt eingereiste Ausländer. Den EU-Staaten wird bei Vorlage bestimmter Voraussetzungen auch die Möglichkeit eröffnet, den Abgleich von Fingerabdruckdaten mit den im Zentralsystem gespeicherten Daten zum Zwecke der polizeilichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zu beantragen. Im Anwendungsbereich der Verordnung ist das BKA die nationale Zugangsstelle für den Datenaustausch.

Der Begriff Daktyloskopie stammt aus dem Griechischen: »Daktylos« bedeutet Finger und »skopein« schauen: Daktyloskopie heißt also »Fingerschau«.

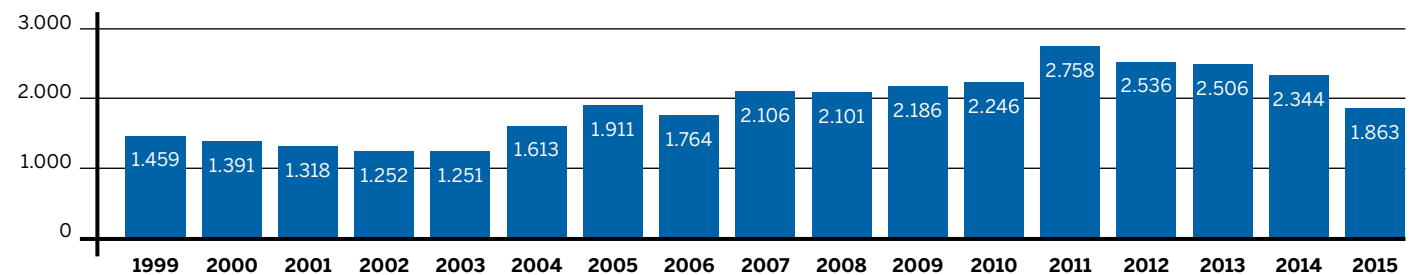


AFIS erkennt Übereinstimmungen im Verlauf der Papillarleisten und schlägt mögliche Person-Spur-Treffer vor, die von den Mitarbeitern des Sachgebiets überprüft werden.

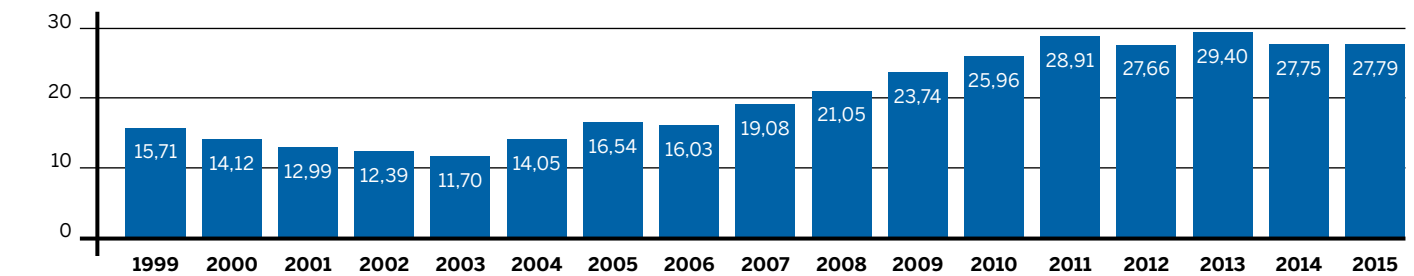
AFIS-Eingänge



AFIS-Identifizierungen



AFIS-Trefferquote in Prozent



Stand: 31. Oktober 2015

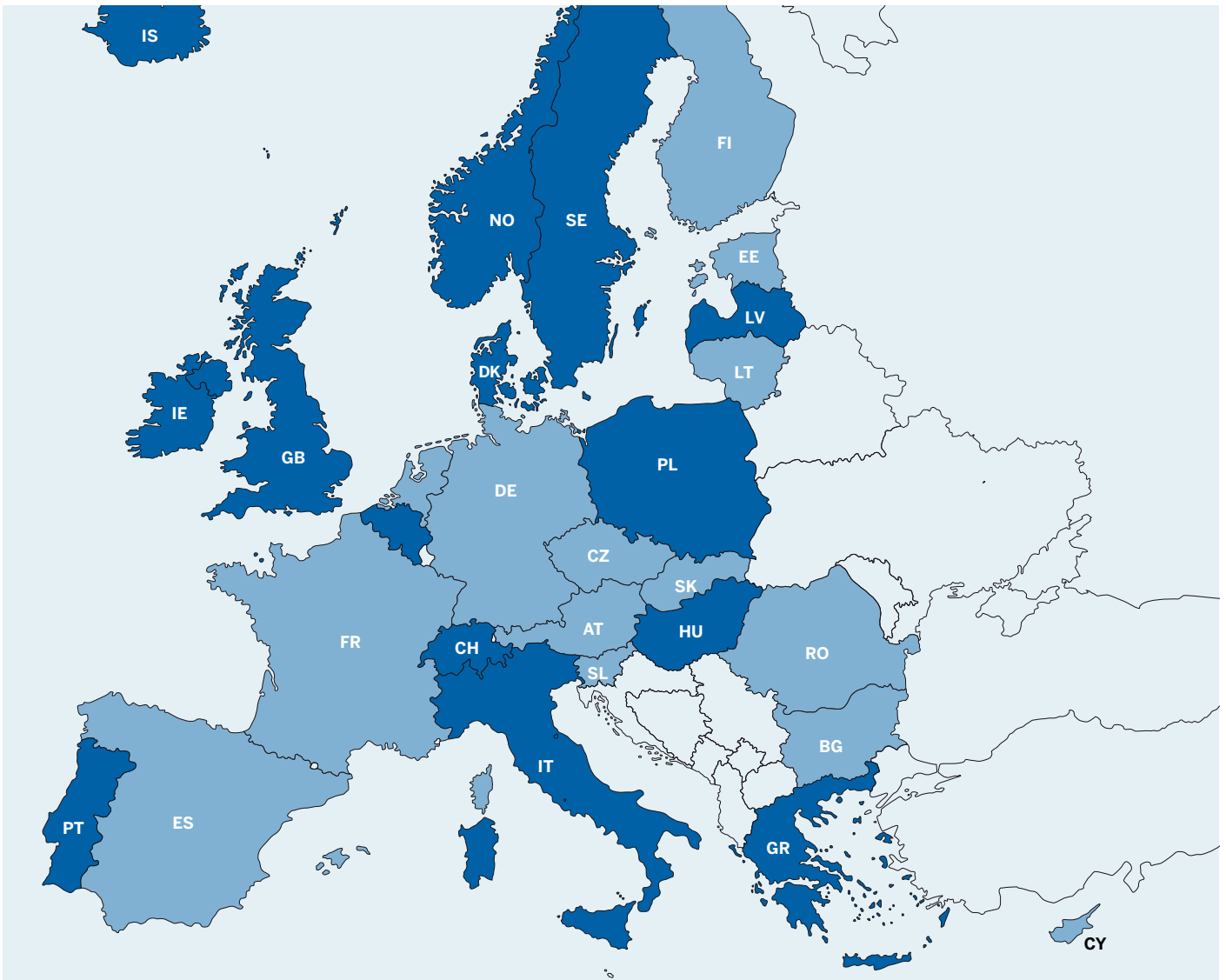
Internationaler Austausch daktyloskopischer Daten

Die im Zuge des Vertrages von Prüm unter den EU-Mitgliedsstaaten getroffenen Vereinbarungen ermöglichen unter anderem den Austausch daktyloskopischer Daten. Diesen Vereinbarungen haben sich alle EU-Mitgliedsstaaten angeschlossen. Die technische Umsetzung wurde bislang in Deutschland und 15 weiteren Staaten realisiert. Die Recherchen sind kontingentiert

und nicht unbegrenzt möglich. Daher können nicht alle daktyloskopischen Tatortspurenfälle routinemäßig in den kooperierenden Staaten recherchiert werden. Der Schwerpunkt wurde daher bei Verbrechenstatbeständen und priorisierten Fällen wie dem Wohnungseinbruchdiebstahl gesetzt. Weitere Möglichkeiten zum internationalen Austausch daktyloskopischer Daten ergeben sich durch die Regelungen der Eurodac-VO.

Die Trefferquote hat sich fast verdoppelt

Seit seiner Einführung wurde AFIS durch die Weiterentwicklung der Software, der Optimierung von Arbeitsprozessen sowie Digitalisierung der Spurenübermittlung kontinuierlich verbessert. Rechercheergebnisse können inzwischen in kürzester Zeit gewonnen werden, und die AFIS-Trefferquote hat sich in den letzten Jahren nahezu verdoppelt. Eine weitere grundlegende Erneuerung der AFIS-Software ist



DER VERTRAG VON PRÜM

Im Vertrag von Prüm, der am 27.05.2005 zunächst zwischen Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich geschlossen wurde, wird die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit u. a. zur Verhinderung terroristischer Straftaten und zur Bekämpfung der illegalen Migration intensiviert. Dazu gehört auch der Austausch daktyloskopischer Daten.

für das Jahr 2018 geplant. Doch auch ein System wie das AFIS ist immer nur so gut wie das Datenmaterial, das den Recherchen als Grundlage gegeben wird. Je höher also die Qualität der erkennungsdienstlichen Behandlungen und der Spurensicherungen, umso effektiver und schneller kann der Abgleich in AFIS durchgeführt werden. /// *Armin Schulz, LKA NRW*

Das AFIS-Team steht für die Beantwortung ergänzender Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Kontakt: Andreas.Winzer@polizei.nrw.de, Armin.Schulz@polizei.nrw.de

Interview mit dem neuen Verkehrsreferenten im MIK NRW »Wir müssen künftig noch stärker an einem Strang ziehen«

Im Interview mit der »Streife« berichtet der Leitende Polizeidirektor Rüdiger Wollgramm als neuer Verkehrsreferent im Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, mit welchen Konzepten die Polizei NRW im Bereich Verkehr zukünftig Schwerpunkte setzt und wie die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst entlastet werden sollen.

Streife: Herr Wollgramm, Sie übernehmen das Amt als Verkehrsreferent in einer Zeit, in der die Polizei NRW vor vielfältigen Herausforderungen steht: Nicht nur die Verkehrsunfallbekämpfung, sondern auch Problemstellungen wie etwa islamistischer Terror, Wohnungseinbruch, Rockerkriminalität, Cybercrime, Gewalt im Fußball und auch das zurzeit fast alles überlagernde Thema »Flüchtlinge« belastet die Polizei und bindet Ressourcen – wie stellen Sie sich die Weiterentwicklung des Bereichs »Verkehr« in den nächsten Jahren vor?

Wollgramm: Ich möchte angesichts der vielfältigen Belastungen in der letzten Zeit zunächst einmal meine persönliche Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck bringen. Es ist meines Erachtens dem sehr hohen Engagement der Polizeibeamtinnen und -beamten in der Polizei NRW zu verdanken, dass wir die aktuelle »Gesamtlage« als Organisation nach wie vor so professionell meistern. Darauf können wir stolz sein! Und die Kolleginnen und Kollegen können sich sicher sein: Dieses hohe Engagement wird auf allen Ebenen der Polizei, der Politik und auch in der Gesellschaft sehr positiv wahrgenommen und anerkannt.

Um Ihre Frage zu beantworten: Es gibt aus meiner Sicht auch in der aktuell schwierigen Situation keine Veranlassung, die polizeilichen Kernaufgaben in Frage zu stellen. Für mich steht fest, dass die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei gleichberechtigt mit der Einsatzbewältigung und der Kriminalitätsbekämpfung eine unverzichtbare Kernaufgabe ist. Über 3.300 Menschen, die jährlich auf Deutschlands Straßen bei Verkehrsunfällen getötet werden, sprechen eine eindeutige Sprache. Und diese Zahlen haben ja nicht nur eine statistische Relevanz, sie stehen für furchtbare Tragödien. Jeder einzelne dieser Verkehrstoten ist ein Mensch, der nie wieder zu seiner Familie zurückkehrt, der seine Partnerin oder seinen Partner, seine Eltern oder Kinder in ihrer Trauer, ihrem Schmerz und manchmal auch in existentiellen finanziellen Nöten zurücklässt. Es besteht angesichts dieser weitreichenden und gravierenden Folgen überhaupt kein Zweifel daran, dass die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei gleichberechtigt mit anderen Kernaufgaben ist. Der Zustrom an Flüchtlingen vergrößert die Zahl der Menschen, denen diese Arbeit gilt, täglich!

Die Aufgabe der Verkehrsunfallbekämpfung hat überdies Verfassungsrang, das Bundesverfassungsgericht sieht hierin die Konkretisierung der sich aus Artikel 2 Grundgesetz ergebenden Schutzpflicht des Staates für Leben und körperliche Unversehrtheit der Menschen und steht somit nicht zu unserer Disposition. Auf den Punkt gebracht: Die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei hat unverändert eine hohe Bedeutung. Und wir können mit ihr viel bewegen, sie wirkt! Da, wo wir gezielt gegen bestimmte Phänomene vorgehen, können wir belegbare Verhaltensänderungen herbeiführen. Unsere Arbeit ist erfolgreich, und dieser Erfolg unterstreicht auch das hohe Engagement der Kollegen.

Streife: Welche Rolle spielt dabei die Autobahnpolizei in Ihren Überlegungen?

Wollgramm: Sie haben eingangs auf die Belastungen durch die aktuelle Sicherheitslage, die Kriminalitätsentwicklung sowie den Zustrom von Flüchtlingen hingewiesen. Gerade die Autobahnen sind Reise- bzw. Fluchtwege für Straftäter, wie z. B. Einbrecher, Schleuser, aber auch Personen aus dem Bereich des Terrorismus. Folgerichtig ist dies in Einsatz- und Fahndungskonzeptionen berücksichtigt. Polizeiliche Intervention und Präsenz, die mit der autobahnspezifischen Verkehrssicherheitsarbeit, unter anderem mit dem Schwerpunkt Schwerlastverkehr, einhergehen, sind auf diesen Straßen unabdingbar. In diesem Zusammenhang ist es mir ein wichtiges Anliegen, die Bedeutung einer leistungsfähigen, fachkompetenten und hoch motivierten Autobahnpolizei besonders zu unterstreichen.

Streife: Was muss anders gemacht werden, damit diese Aufgabe auch weiterhin bewältigt werden kann?

Wollgramm: Unsere Einsatzkonzeptionen müssen noch effizienter werden. Auf den ersten Blick scheint das schwierig, ich bin aber davon überzeugt, dass es uns gelingen wird. Erforderlich sind viele Einzelschritte und der jeweiligen Lage angepasste aktuelle Schwerpunktsetzungen, ohne dabei die Gleichrangigkeit und den Stellenwert der Verkehrsunfallbekämpfung aus den Augen zu verlieren.

Streife: Können Sie konkrete Beispiele für solche Einzelschritte nennen?

Wollgramm: Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, zum Beispiel im Bereich »integrative Einsatzkonzepte«: Hier stelle ich mir eine engere, echte Zusammenarbeit aller Direktionen vor, im Rahmen von Sondereinsätzen oder Projekten, aber auch im täglichen Dienst. Solche Konzepte dürfen keine Einbahnstraße sein,

sondern müssen auf der gemeinsamen Verfolgung gemeinsamer Ziele basieren. Man kann es nicht oft genug sagen: Wir sind eine Polizei. Wenn man die multiplen Wirkungen operativer und repressiver Verkehrssicherheitsarbeit nutzt, birgt das meines Erachtens durchaus Potential, durch Ressourcenbündelung für Entlastung zu sorgen, ohne dass dafür andere wichtige polizeiliche Tätigkeiten zurückstehen müssen. Das gilt zum Beispiel für die Unfallbekämpfung oder das normengerechte Verhalten von Problemgruppen, z. B. von Rockern, für Präsenzstreifen an sozialen Brennpunkten und so weiter. Abgesehen von konkreten Einsätzen müssen die Direktionen in den Behörden allgemein noch enger zusammenarbeiten und Querschnittsaufgaben definieren, die nur einmal in der Behörde und nicht redundant in verschiedenen Direktionen geleistet werden müssen.

Ein weiterer Punkt wäre die Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten. Wir müssen versuchen, wo immer es geht, den technischen Fortschritt für uns arbeiten zu lassen. Leicht zu bedienende Systeme, die möglicherweise sogar zumindest teilweise ohne menschliche Aufsicht funktionieren, sei es bei der Unfallaufnahme oder auch bei der Verkehrsüberwachung, sind das Ziel. Die Möglichkeiten sind heute technisch gesehen schon sehr gut, aber wer Beschaffungsprozesse kennt, weiß, wieviel Vorarbeit und Geduld die Einführung neuer Technik benötigt, und wie lange der Weg von der Idee oder dem Wunsch bis in die Praxis sein kann. Die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, z. B. im Hinblick auf mögliche politische, rechtliche, technische und finanzielle Aspekte, gehört auch zu meiner Aufgabe als Verkehrsreferent und ich werde mich dafür einsetzen, den Kolleginnen und Kollegen die bestmögliche Technik an die Hand zu geben. Die Wunschvorstellung ist, durch technische Effizienz vielleicht ein Stück weit die personellen Belastungen aufzufangen und damit die sehr gute Arbeit, die geleistet wird, auch in Zukunft weiterhin zu ermöglichen. Ein ganz konkretes Beispiel: Eine große Erleichterung würde meines Erachtens die Einführung mobiler IT-Lösungen (Mobile Device) im Wachdienst bringen. Die Schnittstelle Notizbuch/Vorgangsbearbeitungssystem ist nicht mehr zeitgemäß. Ich sehe einen großen Mehrwert in mobilen Lösungen für die tägliche Arbeit: Dadurch können Prozesse vereinfacht werden, und dies bei gleichbleibend guter oder sogar besserer Qualität. >



Foto: Jochen Tack



Foto: Jochen Tack

Streife: Was wird getan, um die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst zu erleichtern?

Wollgramm: Ich denke beispielsweise daran, dass die Polizei künftig weniger Schwertransporte begleitet. Die Übertragung dieser Aufgabe an private Firmen wurde inzwischen in einigen Behörden in Projektform erprobt. Die Rückmeldung der beteiligten Projektbehörden ist bisher durchweg positiv und wir hoffen, das Modell weiter vorantreiben zu können. Wir arbeiten außerdem bereits seit längerem an der Novellierung des Paragraf 48(2) des Ordnungsbehördengesetzes. Dieser regelt die Zuständigkeit der Kommunen für die Verkehrsüberwachung. Durch die Änderung könnten für die Kommunen neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, z. B. bei der Überwachung von Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Brücken. Dadurch würden die Polizeibehörden entlastet. Wir würden zudem eine Regelung begrüßen, die den Verzicht auf Blutproben als Beweis im Verkehrsstrafverfahren rechtssicher ermöglicht und stattdessen den Atemalkohol als Beweis zulässt. Blutproben sind im täglichen Dienst ein zeitintensiver Vorgang, wir erhoffen uns im Falle einer Neuregelung eine entsprechende Entlastung für die Kollegen.

Streife: Sie haben jetzt einige größere Projekte genannt, in denen die Polizei für die Erreichung ihrer Ziele mit anderen Stellen zusammenarbeitet. Haben Sie auch Vorschläge, wie die Polizei vor Ort eine Verbesserung für die Kollegen erreichen könnte?

Wollgramm: Wir müssen künftig noch stärker »an einem Strang ziehen«. Die Erfüllung polizeilicher Aufgaben darf nicht an Direktionsgrenzen halt machen. Wir sind eine Polizei und sollten uns auch so verhalten. Die integrativen Einsatzkonzepte sind eine Möglichkeit, Kräfte zu bündeln und effizient zu arbeiten. Und sicherlich kann man auch im Behördenalltag Bereiche identifizieren, in denen eine direktionsübergreifende Aufgabenwahrnehmung sinnvoll ist und Entlastung bringen könnte.

Streife: Was ist Ihnen in Bezug auf die Führungskräfte in den Direktionen »Verkehr« besonders wichtig?

Wollgramm: Führung bedeutet für mich, meine Kolleginnen und Kollegen in der Verantwortung der Aufgabe mitzunehmen. Unsere Führungskräfte müssen ihre Rolle annehmen. Selbstbewusstsein, Identifikation mit der Aufgabe und Professionalität sind Voraussetzungen für die Polizei, um langfristig »vor die Lage zu kommen«. Dies ist durch Führung auf allen Ebenen zu fördern.

Streife: Möchten Sie sich kurz privat vorstellen?

Was machen Sie in ihrer Freizeit?

Wollgramm: Wann immer möglich, versuche ich meine Freizeit im Freien und in der Natur zu verbringen. Dabei zieht es mich besonders in gebirgige Regionen. Mein besonderer Sehnsuchtsort sind dabei die Alpen jenseits der Bergbahnen und des Massentourismus. Das spiegelt sich auch in meinen Lieblingssportarten Laufen, Mountainbiken, Wandern, Berg- und Wildwassersport wieder. Wobei letzterer in den vergangenen Jahren viel zu kurz gekommen ist. Ich befürchte, wenn ich aktuell mein verstaubtes Kajak aus dem Vereinsbootshaus hole, wählt erst einmal jemand die »110« und meldet einen »Täter am Werk«. Zu guter Letzt hat meine Tätigkeit in der AG Diensthundwesen den Wunsch verstärkt, künftig wieder einen großen Hund im Haus zu haben. ///

Das Interview führte die Redaktion der »Streife«

ZUR PERSON – RÜDIGER WOLLGRAMM

Seit August 2015 ist LPD Rüdiger Wollgramm der neue Verkehrsreferent im Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen. Er folgt in dieser Funktion auf Michael Frücht. Rüdiger Wollgramm stieg 1975 in den Polizeidienst ein. Er war im mittleren und gehobenen Dienst in verschiedenen Funktionen im Polizeipräsidium (PP) Düsseldorf eingesetzt, unter anderem als Dienstgruppenleiter im Schutzbereich und auf der Leitstelle. Nach Ablegen der III. Fachprüfung übernahm er im PP Essen die Funktion des Polizeiinspektions-Leiters und im Anschluss daran die Leitung des Ständigen Stabes. Nach einer mehrjährigen Verwendung als Dezernatsleiter 26.2/4 bei der Bezirksregierung Düsseldorf wurde er im Jahr 2007 Leiter des Dezernates 42 »Einsatzangelegenheiten mit landesweiter Verantwortung« im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW, unter anderem auch für die Themen »Beratergruppe« und »Spezialtechnik«, zIS. Von dort wechselte er in die Abteilung 3 »Einsatztechnik/technische Einsatzunterstützung«. Im Januar 2013 übernahm er die Leitung der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz im PP Duisburg.



Der 14 Meter lange Straßenteppich symbolisiert den Blindflug, den der PKW-Führer bei 50 km/h in nur einer Sekunde zurücklegt.

Fotos (2): Lars Heinrich

Polizei NRW erwischt 100.000 Handy-Sünder »Der Blick aufs Display beim Autofahren ist lebensgefährlich«

Die Polizei NRW geht verstärkt gegen die Gefahren durch Handys am Steuer vor. In diesem Jahr ahndeten die Polizisten bereits über 110.000 Handy-Verstöße. Bei 280 Verkehrsunfällen stellten sie Smartphones sicher, weil der Verdacht bestand, dass der Fahrer sein Gerät zum Unfallzeitpunkt verbotswidrig nutzte. »Viele unterschätzen den kurzen Blick aufs Display. Das ist lebensgefährlich«, warnte NRW-Innenminister Ralf Jäger gemeinsam mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) Anfang Oktober in Düsseldorf.

Am Beispiel zweier Verkehrsunfälle machte Jäger deutlich, wie tragisch der Gebrauch von Handys am Steuer oftmals endet:

Auf einer Landstraße geriet eine junge Frau auf gerader Strecke mit ihrem Auto in den Gegenverkehr. Sie stieß dort mit einem entgegenkommenden Wagen zusammen. Trotz notärztlicher Versorgung starb die junge Fahrerin noch an der Unfallstelle. In ihrem Auto lag ein Smartphone mit einer angefangenen SMS. Bei einem anderen Unfall auf einer Bundesstraße wurden

sieben Menschen schwer verletzt. Hier war der Fahrer eines Kleinlasters in den Gegenverkehr geraten und mit drei Fahrzeugen kollidiert. Zeugen sagten aus, dass der Unfallfahrer mit dem Handy hantiert hatte.

»Keine Nachricht, kein Anruf ist so wichtig, dass man dafür ein Leben aufs Spiel setzt. Weder das eigene, noch das von anderen«, mahnte der NRW-Innenminister. »Telefonieren am Steuer ohne Freisprechanlage ist genauso gefährlich wie 0,8 Promille Alkohol im Blut. Wer eine SMS schreibt, reagiert wie ein Fahrer mit 1,1 Promille im Blut.«

Klare rechtliche Vorschriften für Handynutzung am Steuer

»Eine Studie der DEKRA zeigt, dass drei Prozent der Autofahrer, die jetzt in dieser Sekunde im Straßenverkehr unterwegs sind, das Handy am Ohr haben«, erklärte Jäger. Ertrappte Handy-Sünder müssen 60 Euro Bußgeld bezahlen und bekommen einen Punkt in Flensburg.

Ralf Jäger machte deutlich, dass die aktuelle Rechtslage der rasanten technischen Weiterentwicklung von Smartphones und Kraftfahrzeugen hinterher hinkt.

»Wir brauchen klarere rechtliche Vorschriften, die das Nutzen von Mobiltelefonen im Straßenverkehr eindeutig einschränken«, forderte der NRW-Innenminister. ///

Redaktion Streife

Der Straßenteppich und weiteres Kampagnenmaterial können von den Kreispolizeibehörden über das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW, Dezernat 44, ausgeliehen werden.



Senioren für bessere Sichtbarkeit im Straßenverkehr sensibilisieren

Aktion »Sehen und Gesehen werden«

In den Herbst- und Wintermonaten werden im Straßenverkehr jedes Jahr überproportional viele Fußgänger verletzt – vor allem Senioren sind gefährdet. Während der Dämmerung und in der Dunkelheit ereignen sich rund zwei Drittel dieser Unfälle. Unfallursache ist häufig, dass Fußgänger aufgrund von schlechter Sicht und zu dunkler Kleidung von Autofahrern einfach übersehen werden. Um insbesondere Seniorinnen und Senioren für das Thema Sichtbarkeit im Straßenverkehr zu sensibilisieren, hat die Polizei NRW nun die Aktion »Sehen und Gesehen werden« gestartet. Partner der Aktion sind die Landesverkehrswacht und der ADAC.

Die Auftaktveranstaltung zu »Sehen und Gesehen werden« fand Ende Oktober 2015 in Düsseldorf statt. Hier zeigten die Kolleginnen und Kollegen der Düsseldorfer Verkehrsunfallprävention gemeinsam mit Hilfe von Seniorinnen und Senioren aus der Nachbarschaft, wie wichtig Sichtbarkeit im Straßenverkehr ist. Jeder kann dazu ganz einfach seinen Beitrag leisten. Dabei lag besonderes Augenmerk auf der Wirksamkeit reflektierender Kleidung sowie dem richtigen Verhalten bei der Querung der Fahrbahn.

Das besondere Highlight: Moderiert wurde die Veranstaltung von Egon Hoegen, der vielen Menschen noch als Stimme der legendären Sendung »Der 7. Sinn« in Erinnerung geblieben ist. Nach einem Sturz auf den Rollstuhl angewiesen, aber geistig unverändert rege und fit, führte der 87-Jährige mit seiner markanten Stimme durch das Programm. Alle Beteiligten der Aktion dankten Egon Hoegen im Anschluss dafür, dass er für die Sache der Verkehrssicherheit keine Mühen gescheut hat.

Hintergrund: Unfälle in der dunklen Jahreszeit

Im vierten Quartal 2014 starben insgesamt 53 Fußgänger auf den Straßen in NRW, 683 wurden schwer verletzt. Dabei stellt sich im Verlauf der Ermittlungen immer wieder heraus, dass zu Fuß Gehende aufgrund schlechter Sicht und dunkler Kleidung nicht rechtzeitig oder auch gar nicht gesehen werden konnten. Hinzu kommt bei vielen dieser Unfälle auch noch der »Killer Nr. 1«: Geschwindigkeit. Häufig fahren Autofahrer schlicht zu schnell oder passen ihre Fahrweise nicht den Straßen-, Witterungs- und Sichtverhältnissen an. Ältere Menschen sind bei rund der Hälfte aller tödlichen Unfälle mit Fußgängern in den Wintermonaten die Opfer. Die Statistik

zeigt außerdem, dass überproportional viele Seniorinnen und Senioren bei Unfällen in der Dunkelheit schwer verletzt werden. Das heißt jedoch nicht, dass sich diese Altersgruppe durch Regelübertretungen und verkehrswidriges Verhalten besonders hervortut. Ältere sind jedoch häufig verletzlicher und daher bei einem Unfall öfter von schweren Folgen betroffen. Auch ein über die Jahre gefestigtes risikoträchtiges Verkehrsverhalten kann für den »erfahrenen« Verkehrsteilnehmer mit fortschreitendem Alter problematisch werden. In vielen Fällen führt schlechte Erkennbarkeit in Verbindung mit der Wahl von gefährlichen Örtlichkeiten zum Überqueren von Straßen zu schweren Unfällen. // **Dominic Reese, MIK NRW**

Der Flyer steht im Intranet unter dem Fachportal »Verkehr« zum Download zur Verfügung.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Auftaktveranstaltung zeigen, dass schon kleine Accessoires die Sichtbarkeit verbessern und damit Leben retten.

Fotos (2): Lars Heidrich

Erst die Praxis, dann der Preis Der Weg zum neuen Streifenwagen – LZPD NRW stellt hohe Anforderungen an Hersteller



Fotos (S. 30-33): Lars Thüdrich

Anfang November wurden in Düsseldorf von Innenminister Jäger die ersten 12 von 1.845 neuen Streifenwagen an Kolleginnen und Kollegen aus den Polizeibehörden Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Hamm übergeben.

Streifenwagen für die Polizei sind Spezialanfertigungen. Sie bieten den Einsatzkräften bestmögliche Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben. Doch welches Auto erfüllt tatsächlich die Voraussetzungen zum perfekten Einsatzfahrzeug? Das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) hat den Autoherstellern den Weg bis zum endgültigen Zuschlag nicht leicht gemacht. Die größte Hürde: Die Ansprüche an das Fahrzeug aus der Polizeipraxis.

Holger Niehoff vom LZPD ist Kfz-Mechaniker und Diplom-Ingenieur für den Fachbereich Maschinenbau. In Sachen Fahrzeugtechnik macht ihm so schnell keiner etwas vor. Er weiß, worum es geht, wenn das Land NRW bis zu 1.845 neue Streifenwagen beschaffen will. Es muss ein Fahrzeug sein, das alle notwendigen Voraussetzungen für den schwierigen Einsatz des Wachdienstes auf der Straße erfüllt. Für die Ausschreibung hat Niehoff ein umfangreiches Pflichtenheft zusammengestellt. Es enthält rund 100 Punkte, die allesamt von den Fahrzeugherstellern erfüllt werden müssen, um überhaupt in die Auswahl für die neuen Streifenwagen zu kommen. Dieses Heft stammt aber nicht allein aus seiner Feder: »Wir verbessern das technische Leistungsverzeichnis seit 14 Jahren kontinuierlich«,

erläutert Niehoff das Vorgehen. »Viele Kollegen aus der Praxis haben daran über diesen langen Zeitraum mitgearbeitet.« Auch das Wissen um technische Defizite der letzten Streifenwagenmodelle ist eingeflossen. »Erfahrungen aus anderen Bundesländern wie etwa Baden-Württemberg oder Bayern finden ebenfalls Berücksichtigung«, sagt Niehoff: »Beim Erstellen des Pflichtenheftes greifen wir auf viele unterschiedliche Quellen zu.« So entsteht ein Werk, das alle Belange der Praktiker vereint. Bevor das Leistungsverzeichnis aber im Rahmen der Ausschreibung veröffentlicht wird, durchläuft es im LZPD sowie im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) noch weitere Instanzen: Aspekte des Arbeitsschutzes fließen genauso ein, wie die polizeiärztliche Sicht der Dinge. Auch der Hauptpersonalrat erhält Gelegenheit zur Stellungnahme. Das Pflichtenheft ist damit rundum abgestimmt.

Wirtschaftlichkeit: das Vermeiden von Verschwendung

Polizeirat Ralf Wiehe betrachtet den Beschaffungsprozess der neuen Streifenwagen aus einem ganz anderen Blickwinkel. Er ist beim LZPD für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung verantwortlich. Ihm ist dabei ein Punkt ganz besonders wichtig: »Wirtschaftlichkeit ist keine Knau-serigkeit, sondern das Vermeiden von

Verschwendung«, betont er. Deshalb haben seine Kolleginnen und Kollegen jedes eingegangene Angebot unter diesem Aspekt genau geprüft. »Die Hersteller haben uns sowohl Leasing- als auch Kaufangebote eingereicht«, berichtet Wiehe. »Da muss man mit viel Fachwissen schon sehr genau hinschauen, welches Angebot unter wirtschaftlichen Aspekten tatsächlich das Beste ist.« Das LZPD verfügt über viel Erfahrung mit komplexen Beschaffungsprojekten. Jährlich werden hier Millionenbeträge in die Polizeiausstattung investiert. Eins ist dabei immer klar: Bevor ein Produkt angeschafft wird, müssen die fachlichen Anforderungen erfüllt sein. »So ist das auch bei den neuen Streifenwagen«, betont Ralf Wiehe. Diplom-Ökonom Sven Dilba und Regierungsamtsrat Volker Koch bestätigen diese Ansicht. Sie sind mit der formalen Ausschreibung befasst gewesen. »Einem Auto, das die fachlichen Anforderungen nicht erfüllt, hätten wir den Zuschlag auch nicht erteilt, wenn es 50 Prozent weniger gekostet hätte«, bekräftigt Volker Koch.

Ein perfekt organisierter Kofferraum

Die hohen fachlichen Anforderungen gelten beim neuen Streifenwagen nicht nur für das Auto an sich, sondern auch für die Gepäcklogistik. Denn hier ergeben sich ganz besondere Ansprüche aus der Praxis, die überlebenswichtig sein können. Ein Beispiel: Schwerer Verkehrsunfall auf



EMV-Testlabor des LZPD

Es ist für jeden Autofahrer eine Selbstverständlichkeit, dass viele elektronische Geräte, die in einem Fahrzeug vorhanden sind, zeitgleich problemlos funktionieren. Franz-Josef Bongartz, Leiter des EMV-Testlabors im LZPD weiß, dass das so selbstverständlich gar nicht ist. EMV steht für elek-

Das Herzstück des EMV-Labors ist ein Faradayscher Käfig, der Untersuchungen der elektromagnetischen Verträglichkeit unabhängig von der Umwelt ermöglicht. Hier hat Bongartz mit seinem Team das Fahrzeug unter Inanspruchnahme der hochkomplizierten Labortechnik unter allen vorstellbaren Bedingungen geprüft.



Dirk Weiler, zuständig für das Waffen und Gerätewesen der Polizei NRW, stellt den Geräteträger vor. Obwohl der BMW einen kleineren Kofferraum besitzt, sorgt der durchdachte Geräteträger optimal für eine absolut übersichtliche und geordnete Struktur der Einsatzmittel.



der B 1 im November: Es ist dunkel, neblig, das erste Fahrzeug trifft am Einsatzort ein. Die Unfallstelle ist für die Einsatzkräfte vor Ort kaum zu erkennen. Jetzt zählt jede Sekunde. Höchste Priorität, um noch Schlimmeres zu verhindern: die Absicherung der Unfallstelle. Klar ist, dass jetzt die Ordnung im Kofferraum des Einsatzfahrzeuges zählt. Wo sind die Nissenleuchten, wo die Lübecker Hüte, um den nachfolgenden Verkehr schnellstmöglich zu warnen? Polizeihauptkommissar Dirk Weiler vom LZPD, zuständig für das Waffen- und Gerätewesen der Polizei NRW, hat sich deshalb intensiv mit dem Thema Geräteträger auseinandergesetzt. »Wir haben viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen auf den Wachen geführt und so wertvolle Zusatzinformationen gesammelt«, sagt Weiler. »Wir wollten wissen, was wirklich wichtig ist.« Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Ein gut durchdachter Geräteträger, der den kleineren Kofferraum des BMW optimal nutzt und für eine absolut übersichtliche und geordnete Struktur der Einsatzmittel sorgt. Die Nissenleuchten erreicht man mit einem Griff. Eine helle Innenlampe sorgt zudem für ein gutes Arbeitslicht im Kofferraum. »Alles ist toll geordnet«, stellt Dirk Weiler fest. »Absperren, Retten, Bergen, Anfahrtswege freigehalten – für diese Aufgaben hat man alles, was man benötigt, in der richtigen Reihenfolge sofort zur Hand.«

tromagnetische Verträglichkeit. Bongartz prüft die Wechselwirkung der verbauten elektrischen und elektronischen Komponenten untereinander und die Verträglichkeit mit elektromagnetischen Einflüssen, die von außen auf das Fahrzeug einwirken. »Die verbauten Geräte können sich gegenseitig negativ beeinflussen, sodass etwa der Funkverkehr beeinträchtigt oder die Fahrzeugtechnologie tangiert wäre«, erläutert Bongartz. »Solche Fälle müssen wir auf jeden Fall ausschließen.« Im Streifenwagen sind viele Steuergeräte fest verbaut, dazu kommt noch die gesamte Polizeitechnik. Das kann für erhebliche Probleme sorgen.

Bongartz ist sicher: »Wir haben alles dafür getan, dass Störungen durch elektromagnetische Wellen beim neuen Streifenwagen minimiert sind.«

Auch für große Menschen groß genug

»Ein 3er BMW als Streifenwagen? Unvorstellbar, viel zu klein, und große Menschen müssen den Kopf einziehen.« Natürlich gibt es zu jedem Fahrzeugtyp auch kritische Stimmen, so auch beim BMW. »Kollegen und Kolleginnen mit den verschiedensten Körpermaßen haben Sitzproben mit der praktischen Ausrüstung durchgeführt«, berichtet Dirk Weiler. >

DIE WICHTIGSTEN NEUERUNGEN FÜR DEN FUNKSTREIFENWAGEN IM WACHDIENST (OHNE AUTOBAHPOLIZEI)

- > moderne Geräteträger, die man modular individuell konfigurieren kann
- > mit Navigationsgerät ausgestattet
- > verfügt über das neue Bedienkonzept »iDrive« (drehen und drücken)
- > mit Radio und CD-Player und einem AUX-Eingang für eigene Medien ausgestattet; es ist gewährleistet, dass Funkprüche diese Beschallung immer in den Hintergrund drücken.
- > mehr Bodenfreiheit für die Fahrzeuge
- > gelbe Folierung, Signalwirkung, bessere Wahrnehmung
- > eCall-System setzt bei Unfall automatisch einen Notruf an die 112 ab
- > Den Zuschlag erhielt BMW für ein Leasing-Angebot der Fahrzeuge bei neuer Bereitstellung der Geräteträger.



Im Vorfeld der Beschaffung haben Kolleginnen und Kollegen mit verschiedenen Körpermaßen Sitzproben durchgeführt. Das Ergebnis: Auch große Menschen haben in diesem Fahrzeug ausreichend Platz zum Sitzen. Außerdem ist bei der Trageweise der Dienstwaffe eine neue Möglichkeit zugelassen: Ab sofort kann jeder selbst entscheiden, ob er das Holster direkt am Gürtel, an einem Verlängerungssteg oder an einer Oberschenkelplatte trägt.

Das Ergebnis: »Auch große Menschen haben in diesem Fahrzeug ausreichend Platz zum Sitzen.« Klar ist aber auch: Mit der kompletten Ausrüstung am Gürtel kann man in keinem Wagen bequem Platz nehmen. Denn irgendwo zwickt und drückt immer etwas. Deshalb hat das Ministerium bei der Trageweise der Dienstwaffe neue Möglichkeiten zugelassen. Ab sofort kann sich jeder selbst für die individuell

optimale Trageweise des Pistolenholsters entscheiden: direkt am Gürtel, an einem Verlängerungssteg oder jetzt auch an einer Oberschenkelplatte. Damit steigt der Fahrkomfort für die Beamtinnen und Beamten. Eine erstaunliche Erkenntnis für die »Innenraum«-Skeptiker: Innen ist der neue Wagen gerade einmal 20 Millimeter schmaler als das Vorgängermodell vw Passat.

Folien für gute Sichtbarkeit

Die neuen gelben, fluoreszierenden Folien, mit der das Fahrzeug zusätzlich beklebt ist, sind ein Novum bei der NRW-Polizei. »Der Wagen wird dadurch deutlich besser wahrgenommen«, berichtet Polizeihauptkommissar Jürgen Winter. Er ist verantwortlich für den Bereich Fahrzeugtechnik beim LZPD. »Als ich damit neulich auf der Autobahn unterwegs war, ohne Blaulicht, hat sich automatisch eine Gasse für mich gebildet.« Dieser positive Effekt ist auch



Die gelben, fluoreszierenden Folien, mit denen das Fahrzeug zusätzlich beklebt ist, sind ein Novum bei der NRW-Polizei. »Der Wagen wird dadurch deutlich besser wahrgenommen«, berichtet Jürgen Winter.



SO LIEF DIE AUSSCHREIBUNG AB

Vier Hersteller haben Angebote abgegeben. Sie wurden von unterschiedlichen Teams parallel geprüft: Ob alle fachlichen Anforderungen erfüllt wurden und welche Optionen vom Preis am günstigsten war. Dabei wurden jeweils vier Varianten abgefragt: Kauf oder Leasing, Übernahme der alten Geräteträger oder Bereitstellung neuer Geräteträger. Die Ergebnisse beider Teams wurden dann zusammengeführt. Nur Angebote, die alle Anforderungen aus dem Pflichtenheft voll erfüllten und die das wirtschaftlichste Angebot darstellten, kamen in die Auswahl. Den Zuschlag erhielt BMW für ein Leasing-Angebot der Fahrzeuge bei neuer Bereitstellung der Geräteträger.

Sven Dilba und Volker Koch waren mit der Ausschreibung befasst. Sie betonten, dass die Erfüllung der fachlichen Anforderungen an das Fahrzeug ein grundlegendes Zuschlagskriterium war. (Fotos rechts)

wissenschaftlich belegt, und zwar durch das Projekt »Verbesserte Erkennbarkeit von Streifenfahrzeugen auf Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Straßen« (VESBA). Die durch das Land Baden-Württemberg mit wissenschaftlicher Unterstützung entwickelte Studie belegt: Die Kombination aus fluoreszierenden Folien (für die Tagsichtbarkeit) und retroreflektierenden Folien (für die Nachtsichtbarkeit) hat sich als optimal herausgestellt.

Optimierte Ausstattung

Die Sondersignalanlagen sind nicht neu angeschafft worden. Dafür wurden die alten Anlagen aus den VW Passats aufgearbeitet. Die Helligkeitsregelung des Blaulichts läuft nun automatisiert. Es passt sich von selbst den äußeren Lichtbedingungen an, sodass ein Blenden anderer Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist. Das Videoeigensicherungssystem ist ebenfalls das

alte geblieben – aber auch hier hat es im Detail Verbesserungen gegeben. So wird jetzt automatisch durch ein spezielles GPS-Modul das korrekte Datum und die richtige Uhrzeit eingeblendet. Das ist für die Beweissicherung wichtig.

Die Reifenwände sind extra stark. Die sogenannte »Runflat«-Bereifung sorgt dafür, dass auch bei einem »Plattfuß« ein Weiterkommen ohne Radwechsel gesichert ist. »Der BMW ist durch einen kurzen Radstand zudem sehr wendig«, betont Winter. Auch die Bodenfreiheit ist größer als das geforderte Mindestmaß: »Die Kombination von kurzem Radstand und die relativ große Bodenfreiheit verringern das Risiko des Aufsetzens.«

Auch wenn das Fahrzeug über GPS verfügt, ist die Datensicherheit gewährleistet: »Beim eCall-System wird nur der reine Notruf abgesetzt und es werden keine Polizei- und Fahrzeugdaten übermittelt«,



betont Winter: »Wir haben uns auch gegen die Connected-Drive-Option beim BMW entschieden, weil dann polizeiliche Fahrzeugdaten bei BMW gespeichert würden. Das wollen wir nicht.«

Qualität und Einsatztauglichkeit

Die Mitarbeiter des LZPD sind davon überzeugt, ihren Kolleginnen und Kollegen, die mit diesem Fahrzeug in den kommenden Jahren unterwegs sein werden, den bestmöglichen Streifenwagen zur Verfügung zu stellen. Dafür haben viele Experten monatelang intensiv gearbeitet.

Die Auslieferung der jeweils fabrikneuen Einsatzfahrzeuge wird gleichmäßig über alle Standorte in NRW erfolgen. Und die alten VW Passats? »Sie werden zurückgebaut und veräußert«, berichtet Ralf Wiehe und ist zuversichtlich. »Für diese Autos gibt es immer ausreichend Interessenten.«

/// Walter Liedtke

120 neue Motorräder für die NRW-Polizei

Neuer Signalgeber ermöglicht sicheres Anhalten von Fahrzeugen



Anfang Oktober übergab Jürgen Mathies, Direktor des LZPD NRW, die ersten neuen Kräder an zwölf Motorradpolizistinnen und -polizisten.

Die nordrhein-westfälische Polizei erhält bis zum Ende des Jahres 2015 120 neue Motorräder der Marke BMW. Die ersten neuen Kräder übergab Jürgen Mathies, Direktor des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW, im Oktober an zwölf Motorradpolizistinnen und -polizisten aus Düsseldorf. Das LZPD hatte die Kräder der Baureihe »R1200RT« im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung beschafft.

»Die neuen Motorräder erfüllen die hohen technischen und einsatztaktischen Anforderungen für den täglichen Dienst«, erklärt Mathies. Mit einem neuen Signalgeber an der Frontverkleidung des Motorrads können ab sofort auch vorausfahrende Fahrzeuge angehalten werden: Das Signal »STOP POLIZEI« wird für den vorausfahrenden Verkehrsteilnehmer im Rückspiegel

sichtbar. Damit ist das Überholen nicht mehr notwendig. »Für die Motorradpolizistinnen und -polizisten ist das ein echtes Plus an Sicherheit«, betont der Direktor. »Sie haben so jederzeit im Blick, wie sich der Fahrer des zu kontrollierenden Fahrzeugs verhält.«

Mit den silberreflektierenden Folien am Motorrad in Kombination mit den neongelben Helmen sind die Motorradfahrerinnen und -fahrer außerdem schon von weitem sichtbar – auch das erhöht den Schutz und die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten im Straßenverkehr.

Die Motorräder werden durch einen neuen luft-/wassergekühlten Boxermotor angetrieben. Mit nur einem Knopfdruck werden die verschiedenen Fahrmodi »Rain« oder »Road« aktiviert. Damit lassen sich die Fahreigenschaften des Motorrads an das Wetter und die Straßenverhältnisse anpassen.

Die gesamte Flotte besteht aus knapp 400 Motorrädern, die zentral über das LZPD NRW beschafft werden. Die rund 700 Motorradfahrerinnen und -fahrer der NRW-Polizei sind schnell und flexibel: Bei Einsätzen rund um Verkehrsunfälle, bei der Absicherung von Gefahrenstellen sowie bei Lotsenfahrten und Eskorten kommt den wenigen Motorrädern eine besondere Bedeutung zu. // Redaktion Streife



- Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine -



Fördermaßnahmen NRW (FM)

Sportart	Zeitraum	Veranstalter/Ort
FM Leichtathletik	11.05.-13.05.2016	LAFP NRW
FM Marathon	11.05.-13.05.2016	LAFP NRW
FM Tischtennis	Mai 2016	LAFP NRW
FM Triathlon	30.05.-01.06.2016	LAFP NRW
FM Crosslauf	05.10.-07.10.2016	LAFP NRW
FM Sportschießen	26.10.-28.10.2016	LAFP NRW



Polizeilandesmeisterschaften (PLM)

Sportart	Zeitraum	Veranstalter/Ort
PLM Schwimmen/Retten	14.04.2016	PP/PSV Oberhausen
PLM Radfahren	05.07.2016	LR Borken/PSV Unna
PLM Fußball Männer	05.07.2016	PP/PSV Duisburg
PLM Tennis	24.08.-26.08.2016	PP/PSV Münster



Bundesoffene Wettbewerbe (BoW)

Sportart	Zeitraum	Veranstalter/Ort
BoW Ski	22.02.-24.02.2016	Nesselwang (BY)



Deutsche Polizeimeisterschaften (DPM)

Sportart	Zeitraum	Veranstalter/Ort
DPM Volleyball Frauen/Männer	11.04.-15.04.2016	Wiesbaden (HE)
DPM Handball Frauen	09.05.-13.05.2016	Bad Hersfeld (HE)
DPM Judo	07.06.-10.06.2016	Berlin
DPM Fußball Frauen	05.09.-08.09.2016	Eichstätt (BY)
DPM Schwimmen/Retten	12.10.-13.10.2016	Mainz (RP)
DPM Crosslauf	12.11.2016	Pforzheim (BW)



Europäische Polizeimeisterschaften (EPM)

Sportart	Zeitraum	Veranstalter/Ort
EPM Crosslauf	21.03.-24.03.2016	Coventry (UK)
EPM Handball Männer	29.05.-05.06.2016	Herning (DK)
EPM Fußball Frauen	20.06.-27.06.2016	Prag (CZ)
EPM Radfahren	15.09.-19.09.2016	Erpe-Mere (BEL)
EPM Ringen	21.10.-24.10.2016	Bratislava (SVK)



Die Termine der EPM Volleyball Frauen und EPM Leichtathletik stehen derzeit noch nicht fest.

Start des Projekts »FobiPol«

Wesentlicher Baustein für die Leistungsfähigkeit der Polizei NRW



Die Projektmitglieder von »FobiPol« stammen aus verschiedenen Behörden und Verantwortungsbereichen aus ganz NRW.

Am 19. November hat das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW den Startschuss für das Landesprojekt »FobiPol« (Fortbildung der Polizei) gegeben. Die Projektleitung des Referates 404 des MIK NRW traf sich dazu im Rahmen einer zweitägigen Auftaktveranstaltung mit über 40 Kolleginnen und Kollegen aus den Landesoberbehörden und Kreispolizeibehörden, die in fünf Teilprojekten in das Projekt eingebunden sind, im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) NRW in Selm. Auch der Polizeihauptpersonalrat begleitete die Veranstaltung mit großem Interesse.

Als Hausherr eröffnete Michael Frücht, Direktor des LAFP, die Veranstaltung und stellte die herausragende Bedeutung des Landesprojektes für die Polizei dar. Die Projektleiterin, Ministerialrätin Doris Tinnermann, stimmte die Mitglieder auf das Projekt ein. »Wir wollen einen Paradigmenwechsel erreichen. Weg von »Wer möchte wie fortgebildet werden« hin zu »Wer muss

wie fortgebildet werden««, betonte sie in ihrer Begrüßung und stellte die wesentlichen Ziele des Projektes dar.

Bereits in der anschließenden Vorstellungsrunde wurde deutlich, wie wichtig die Berücksichtigung verschiedenster Perspektiven für die Projektarbeit ist. Eine Zusammensetzung der Projektmitglieder aus verschiedenen Behörden und Verantwortungsbereichen trägt dem Rechnung. Deutlich wurde auch, dass die Polizei NRW ein umfangreiches Fortbildungsangebot bereithält, welches in seiner Qualität hoch anerkannt ist. Nachfolgende Zahlen zeigen außerdem den Umfang auf.

Das LAFP NRW plant im Rahmen der Zentralen Fortbildung auf Grundlage von rund 700 verschiedenen Fortbildungsmaßnahmen jährlich ein Programm mit über 30.000 Teilnehmerplätzen. Zum anderen werden auf örtlicher Ebene in den Polizeibehörden Fortbildungen für noch einmal rund 30.000 Teilnehmende durchgeführt. Darüber hinaus wird die Fortbildung der Polizei auch noch durch externe Angebote wie zum Beispiel die der Fortbildungsakademie Mont-Cenis in Herne ergänzt.

Diesen vielfältigen Anforderungen entsprechend wird derzeit für den Bereich der Zentralen Fortbildung ein sehr komplexes jährliches Verfahren zur Aufstellung des zentralen Jahresfortbildungsprogramms praktiziert. Parallel dazu hat sich sowohl das Entsendeverhalten der Behörden zu Veranstaltungen der Zentralen Fortbildung als auch die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen in den Behörden selbst sehr unterschiedlich entwickelt. Kritikpunkte der Behörden sind etwa, dass das Verfahren insgesamt einen zu langen Vorlauf hat und im sogenannten »Windhundverfahren« nicht die Fortbildungsplätze gebucht werden können, die als dringend erforderlich bewertet werden. >



Bereits in der Vorstellungsrunde wurde deutlich, wie wichtig die Berücksichtigung verschiedenster Perspektiven für die Projektarbeit ist.

Fotos (2): LAPP NRW

Wichtige Projektziele

Das MIK NRW hat das Projekt »FobiPol« eingesetzt, um diesen Fragestellungen umfassend auf den Grund zu gehen. Auf der einen Seite müssen alle Fortbildungsprozesse bis in die Behörden hinein standardisiert, Verantwortlichkeiten festgelegt und für alle Beteiligten transparent sein. Mittels detaillierter Zielgruppenanalysen soll festgestellt werden, welche Fortbildungsinhalte in welchem Zeitrahmen vermittelt werden müssen und welche Platzverteilung mit Blick auf alle Polizeibehörden zielführend ist. Unter Berücksichtigung der strategischen Schwerpunktsetzung des MIK NRW werden so verbindliche Fortbildungsziele für die Polizei NRW definiert, deren Erreichung für jede einzelne Behörde überprüfbar sein wird. Darüber hinaus will das MIK NRW die künftige Fortbildung der Polizei so umbauen, dass aktuelle fachliche Standards der polizeilichen Arbeit für alle Behörden gleichermaßen vermittelt und umgesetzt werden.

Die fünf Teilprojekte

Das Projekt »FobiPol« ist in die Teilprojekte »Fortbildungsprozesse«, »Fortbildungsziele«, »Fortbildungspersonal«, »Bildungscontrolling« und »IT-Anforderungen« aufgeteilt. Die Ergebnisse dieser Teilprojekte werden sukzessive dem Lenkungsausschuss im Ministerium vorgestellt, um auch schon während der geplanten Projektlaufzeit von zwei Jahren mit der Umsetzung beginnen zu können. Der Abschluss des Projektes ist mit der Einführung einer umfassenden IT-Unterstützung der Fortbildung sowie mit den für die Umsetzung der Projektergebnisse noch erforderlichen Schulungen geplant.

Die Projektarbeit in Selm hatte die Aufgabe, die Inhalte der Teilprojekte genauer zu definieren. Dabei galt es, die Grobziele des Projektauftrages sowie die von einem Expertenworkshop im Mai erarbeiteten Ziele zu diskutieren und zu konkretisieren. In den nächsten Wochen wird auf dieser Grundlage ein Projektstrukturplan erarbeitet, um so den Projektverlauf kontrollieren und die Zusammenarbeit der Teilprojekte besser koordinieren zu können.

Bei den intensiven Diskussionen in den Teilprojekten und im Plenum wurde schnell deutlich, dass das Vorhaben sehr komplex ist und es viel zu tun gibt.

Auch im Intrapol der Polizei wird die Projektleitung immer wieder zu den einzelnen Teilprojekten und dem Projektverlauf insgesamt berichtet. So hat jeder die Möglichkeit, sich über die aktuellen Entwicklungen im Projekt »FobiPol« zu informieren. ///

Silke Wehmhörner, MIK NRW



Ministerialrätin und Projektleiterin Doris Tinnermann stellte in ihrer Begrüßung die wesentlichen Ziele der Projektarbeit vor.

PROJEKT »FOBIPOL« – FORTBILDUNG DER POLIZEI

Ziele:

- > Die Fortbildungsprozesse sind bis in die Behörden hinein standardisiert und transparent
- > Fortbildungserfordernisse sind analysiert und deren Realisierung landesweit sichergestellt
- > Qualifiziertes Fortbildungspersonal steht zur Verfügung
- > Für die Fortbildung steht eine umfassende IT-Unterstützung bereit

Aufbau:

- > Aufteilung des Projektes in die fünf Teilprojekte:
 - > Fortbildungsprozesse
 - > Fortbildungsziele
 - > Fortbildungspersonal
 - > Bildungscontrolling und
 - > IT-Anforderungen

Tauschgesuch

Polizeikommissar (A9) aus Hessen sucht ab sofort einen Tauschpartner aus NRW. Der Tauschpartner/die Tauschpartnerin könnte sowohl nach Kassel (Nordhessen) als auch auf andere Dienststellen in Südhessen wechseln.

Kontakt: a.steinbach@live.com

Keine Sorge – sie passt gut zu uns!

Die Generation Y und die Folgen für die Polizei

In der Führungsebene der Polizei sitzen heute die engagierten, teamfähigen und sozialkompetenten Baby-Boomer-Jahrgänge (Jahrgänge 1955-1970): Sie wurden in den 1970er und -80er Jahren geprägt. Stark vertreten ist auch die »Generation X« der Jahrgänge 1970 bis 85: Sie gilt als selbstsicher, individualistisch und ehrgeizig. Jetzt rückt die Generation der zwischen 1985 bis 2000 Geborenen nach, die sogenannte »Generation Y«: Sie ist digital vernetzt, will sich im Beruf selbst verwirklichen und hinterfragt alles »why?«. Welche Folgen hat das für die Führung und für die Arbeitskultur der Polizei in NRW? Dieser Frage ging ein Symposium am Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV) in Köln nach. Die Antworten überraschen und beruhigen.

Neben zahlreichen Studentinnen und Studenten der Fachhochschule verfolgten auch Doris Tinnermann, zuständige Referatsleiterin im Ministerium für Inneres und Kommunales für die Aus- und Fortbildung der nordrhein-westfälischen Polizei, der Kölner Polizeipräsident Wolfgang Albers und der FHÖV-Präsident Reinhard Mokros das komplette Symposium. Ebenso erweiterten viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ausbildungsabteilungen der Polizei NRW und einige Dienststellenleiterinnen und -leiter an diesem Tag im November ihren Horizont. Ihre Zeit war gut investiert. Organisiert und moderiert wurde das Programm von Polizeirat Dr. Carsten Dübbbers, der an der FHÖV Polizeiwissenschaften lehrt. Der Leitende Regierungsdirektor Dr. Holger Nimitz begrüßte als zuständiger Abteilungsleiter der FHÖV die Anwesenden.

Gute Nachwuchskräfte für die Polizei?

Polizeirat Gerhardt Weitkunat gewann mit seinem engagierten und fachkundigen Auftaktvortrag schnell die Aufmerksamkeit des Publikums. Der 31-Jährige ist studierter Soziologe und arbeitet bei der Bundespolizei. Weitkunat stellte seine Thesen zur Generation Y in den Zusammenhang der schwierigen Gewinnung von guten Nachwuchskräften für die Polizei in Deutschland. Die Abbrecherquote von 20 Prozent im Ausbildungszentrum der Bundespolizei sei zu hoch, meinte er. Man könne jedoch als Reaktion darauf nicht einfach die Anforderungen zum Bestehen des Auswahlverfahrens herunterschrauben: »Man muss die Arbeitsplätze an die Mitarbeiter anpassen, die man bekommen kann – und nicht umgekehrt!«

So tickt die »Generation Y«

Spannend war seine Charakterisierung der »Generation Y« (siehe Kasten). Einige dieser Eigenschaften sieht er im Zusammenhang mit dem Arbeitsfeld Polizei kritisch: »Diese Generation muss sich nichts erkämpfen. Sie kann aus dem Überfluss der Möglichkeiten auswählen«, erklärte Weitkunat. »Wer sich seinen Job aussuchen kann, dem kann man nicht mit dem Gängelband von Druck und Disziplin kommen.« Ein weiteres Merkmal: »Führungsverantwortung ist für die Generation Y eher uncool«, meint der Soziologe, »wie wollen

wir die in eine hierarchische Organisation wie die Polizei hineinprägen?« Auch sei es die Generation Y gewohnt, mit Autoritäten auf Augenhöhe zu sprechen. Diese Eigenschaft könne im Arbeitsalltag der Polizei ebenfalls problematisch werden.

»Schiedsrichter in einer multikulturellen Gesellschaft«

Doch er sieht auch Chancen. Ab 2025 werde die Generation Y schon rein statistisch gesehen die Mehrheit der Beschäftigten bei der Polizei darstellen. Und wenn man Polizei als »Schiedsrichter in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft« positioniere, gewinne man diese Generation auch für die Polizei. Aber die Polizei müsse nicht nur ihre Einstellungskriterien ändern. Die ganze Prozesskette bestehend aus Werbung, Auswahl, Ausbildung und Gestaltung des Jobs als Polizist müsse sich mit der Generation Y wandeln. Wichtig sei mehr Flexibilität. Die Arbeitszeiten seien da nur ein Aspekt. Er prognostizierte, dass es künftig auch mehr Berufsbeamte geben werde, die ihr Beamtenverhältnis auch wieder auflösen würden. Eine gewisse »Statusinkonsistenz« sei typisch für die Generation Y. Man bleibe nicht mehr unbedingt lebenslang bei einem Arbeitgeber, auch wenn es die Polizei sei.

Angesichts der starken Konkurrenz um die besten Nachwuchskräfte plädierte Weitkunat dafür, sich nicht nur auf die Leistungseliten zu konzentrieren. Eigentlich seien die laut aktueller Shell-Studie als »pragmatische Idealisten« bezeichneten Jugendlichen als Zielgruppe viel besser bei der Polizei aufgehoben. Aber auch die eher zögerlichen, unauffälligen Jugendlichen der »robusten Materialisten« gelte es, für den Polizeiberuf zu begeistern: »Die müssen wir aber prägen und erziehen.«



In der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Köln ging das Symposium der Frage nach, was die sogenannte »Generation Y« für die Kultur der Polizei NRW bedeuten könnte.

Nicht in Schubladen denken!

Der Vortrag des Leitenden Polizeidirektors a. D. Udo Behrendes stand unter dem Motto »Generation Y in der Polizeipraxis – wer verändert wen?« und schloss sich inhaltlich nahtlos an. Die Polizei sei für die Generation Y attraktiv, stellte er fest. Immerhin wollten 17 Prozent von ihnen in den öffentlichen Dienst. Der sei damit ein attraktiver Arbeitgeber für diese Generation.

Als erfahrener Polizeipraktiker relativierte er das Konfliktpotenzial der Generation Y mit dem Polizeiberuf. Dafür schlug Behrendes den Bogen zunächst in die polizeiliche Geschichte seit 1945. Als die autoritätsgläubige, unkritische und disziplinierte »45er-Generation« (Jahrgänge 1920-1935, z. T. mit NS-Belastung) in den Führungspositionen gewesen sei, sei sie auf die »68er-Generation« (Jahrgänge 1935-1950) getroffen, die antiautoritär und kritisch eingestellt war. Dies habe zu viel größeren generationsbedingten Spannungen in der Polizei als heute geführt.

Untersuchungen zwischen 1975 und 2015 haben ergeben, dass die drei wichtigsten Gründe, um zur Polizei zu gehen, überraschend konstant sind: Eine abwechslungsreiche und interessante Tätigkeit, die materielle Sicherheit im Öffentlichen Dienst sowie der Kontakt mit Menschen: »Es gibt also einen generationsübergreifenden Konsens, warum jemand zur Polizei geht«, so Behrendes. »So viel hat sich also gar nicht geändert.«

»Die wichtigsten Schlachten sind schon geschlagen«

Die neue Generation werde die Polizei verändern. Behrendes sieht in der Generation Y die Chance für die Polizei, sich weiter in Richtung Professionalisierung und Bürgerorientierung zu wandeln. Das sei gar kein so großer Schritt, meinte er. Denn die

PRÄGUNGSFAKTOREN DER GENERATION Y

- > Digitalisierung
- > Globalisierung
- > Ent-Regionalisierung
- > Ent-Sicherung
- > Auflösen von Normgefügen
- > Überflusgesellschaft
- > Selbstverwirklichung
- > Eltern als Rückfallebene
- > frühreif in der Mediennutzung, Spätzünder im Berufsleben und bei der Familiengründung
- > Ego-Taktiker
- > Opportunisten
- > pragmatisch und optimistisch

Generationen vor ihnen hätten bereits die wichtigsten Schlachten geschlagen.

Der Anstoß zum Wandel sei dabei immer von außen gekommen: »Und das muss auch so sein. Die Polizei muss sich auf das einstellen, was sich in der Gesellschaft

wandelt. Die Polizei soll die Gesellschaft nicht erziehen.« Sein Fazit: Die Generation Y wird der Polizei gut tun, wenn sie ihre Ideale und Vorstellungen einbringen kann: »Dafür muss die Organisation aber lernfreudiger werden«, so Behrendes.





Dr. Christian Barthel erklärt, dass es keine schwierigen Mitarbeiter, sondern nur schwierige Situationen gebe, die man als Vorgesetzter bewältigen müsse.



»Die Generation Y muss sich nichts erkämpfen« – so eine These von Polizeirat Gerhardt Weitkunat.

Die Polizei muss »postheroisch« geführt werden

Dr. Christian Bartel von der Deutschen Hochschule der Polizei knüpfte in seinem Vortrag »Generation Y und die Notwendigkeit eines postheroischen Führungsstils« an die Forderung von Gerhardt Weitkunat an, Polizei müsse ihre Nachwuchskräfte »prägen und erziehen« sowie an Udo Behrendes Fazit, dass die Polizei in noch stärkerem Maße eine »lernende Organisation« werden müsse.

Zuerst erläuterte er den Unterschied zwischen einem heroischen und postheroischen Führungsstil: Für heroischen Stil stehe der griechische Held Achilles – ein strahlender Held mit Charisma. Für den postheroischen Führungsstil stehe dagegen Odysseus, der trotz seiner Irrfahrten und Fehler aufgrund seiner Klugheit die Geschehnisse am Ende doch gut lenken könne.

Seine These lautet: Man muss von der Auffassung wegkommen, dass die Polizei ein fest vorgegebener Ordnungsrahmen ist, der wie eine Maschine funktioniert. In diesem Bild sind die Vorgesetzten nur noch mit der Mitarbeiterführung beschäftigt – mit dem Ziel, sie so zu erziehen, dass sie perfekt funktionieren: »Das haut so heute nicht mehr hin. Organisation ist etwas, an dem auch zu rütteln ist«, meinte Bartel. Führung sei heute mehr als nur Mitarbeiterführung, sondern ein umfassenderes »Management of Change«. Er spitzte es so zu: Eigentlich gebe es nur schwierige Situationen, die man als Vorgesetzter bewältigen müsse, und keine schwierigen Mitarbeiter. Dabei gelte immer: »Organisationen sind Systeme, aber sie sind nicht sehr systematisch.« Christian Bartel griff in diesem Zusammenhang den Begriff der »lernenden Organisation« auf: Dabei müssten

sich zwei Arten des Lernens stets die Waage halten: Auf der einen Seite sei das Stabilisieren, Perfektionieren und Simplifizieren des Status Quo nötig. Bartel nannte es das »Lob der Routine«. Auf der anderen Seite müsse sich jede Organisation aber auch auf die Suche nach neuen Wegen machen. »Jede kritische Situation«, so Bartel, »ist eine Chance, die Organisation weiterzuentwickeln.«

»Cop Culture« – die Polizei wird akademischer

Dr. Carsten Dübbers rundete mit seinem Vortrag zur »Cop Culture« das Symposium ab und lenkte den Blick wieder auf die soziologische Sicht. Dübbers griff dafür auf die Ergebnisse diverser Studien und detaillierter Mitarbeiterbefragungen bei der Kölner Polizei aus den Jahren 2002 bis 2011 zurück.

Für die Jahre 2002 bis 2009 stellt er einen signifikanten Wechsel in der »Cop Culture« fest: Korpsgeist und Chauvinismus bei der Polizei hätten abgenommen. Der Stellenwert der Prävention habe zugenommen, ebenso sei eine größere Bürgernähe zu verzeichnen. Insgesamt sei die Polizeiarbeit professioneller geworden. Geringer geworden seien jedoch auch der Teamgeist und das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Dienstgruppen.

»SAARBRÜCKER GUTACHTEN. DAS BERUFSBILD DES POLIZEIVOLLZUGSBEAMTEN«, AUTOREN: CHRISTIAN HELFER UND WIGAND SIEBEL, ERSCHEINUNGSJAHR: 1975

In diesem Gutachten haben die beiden Autoren auf mehr als 1.600 Seiten theoretische und empirische Erkenntnisse über den Polizeiberuf zusammengetragen. Interessierten steht es im Internet zum digitalen Download zur Verfügung.



Polizeirat Dr. Carsten Dübbers konstatierte einen deutlichen Kulturwandel in der Polizei.



Fotos (4): Christoph Göter

Der Leitende Polizeidirektor a. D. Udo Behrendes wies darauf hin, dass das Phänomen von generationsbedingten Spannungen nicht neu sei.

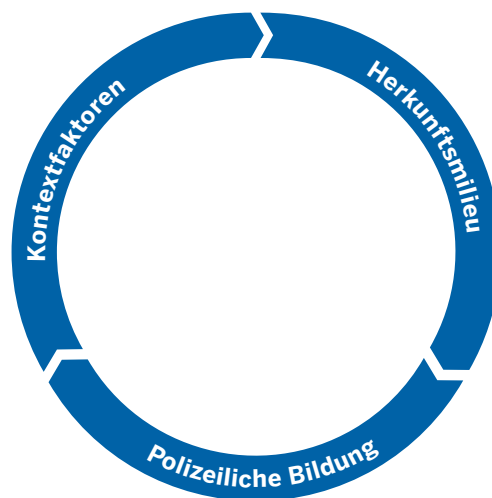
Dübbers konstatierte einen deutlichen Kulturwandel in der Polizei durch die steigende Zahl von Akademikern und Akademikerkindern unter den Polizistinnen und Polizisten. »Wir alle haben unseren »Habitus« tief verinnerlicht, also das Verhalten der soziologischen Gruppe, in der wir aufgewachsen sind.« Akademikerkinder verhielten sich ganz anders als Kinder von Arbeitern oder Kleinbürgern. Das Herkunftsmilieu ist nach seiner Erkenntnis ganz entscheidend für das Verhalten eines Polizisten in seinem Job. Es sei prägender als der Kontext, in dem er arbeitet. »Die Annahme von Spielregeln, die in einer Dienstgruppe befolgt werden müssen, um erfolgreich zu arbeiten, brechen die Prägung aus meinem Herkunftsmilieu nicht«, so Dübbers. Ausnahmen gebe es jedoch bei starker Gruppendynamik. Allgemein aber gelte: »Der Kontext, in dem ich arbeite, macht keinen Unterschied. Grundsätzliche Normen und Werte verändern sich dadurch nicht«.

Die polizeiliche Bildung hat ebenfalls einen wichtigen Einfluss auf die »Cop Culture«, so Dübbers. Das Verhalten der Beamtinnen und Beamten, die ihre Ausbildung zum mittleren Dienst gemacht haben und in den gehobenen Dienst prüfungsfrei aufgestiegen sind (bis Besoldungsgruppe A 11), unterscheidet sich von dem Verhalten der Beamtinnen und Beamten,

die über den Besuch der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (Bachelor) in den gehobenen Dienst aufsteigen oder die als Direkteinsteiger in den gehobenen Dienst eingestellt werden. »Die sind anders drauf – im positiven Sinne«, so Dübbers. Er sieht die Polizei auf einem guten Weg von der Staats- zur Bürgerpolizei, die team- und konfliktfähig ist. »Die bisherigen »Cop

Culture«-Konzepte waren richtig, da sie den mittleren Dienst mit seinem habituellen Hintergrund erfasst haben«, stellte Dübbers zusammenfassend fest: »Aber durch die Akademisierung der Polizei und die steigende Anzahl von Menschen aus der »Generation Y« verändert sich die Kultur, so dass die Konzepte neu gedacht werden müssen.« // **Walter Liedtke**

**Forschungsfrage:
Welcher Faktor hat den größten Einfluss auf die Polizeistruktur:**



Dr. Carsten Dübbers

Selbsterfahrungsseminar »Mann o Mann«

Auf den Spuren von Franziskus von Assisi

Zwölf Polizisten von Rhein und Ruhr machten sich im September auf zu einem Selbsterfahrungsseminar in Assisi. Unter dem Motto »Mann o Mann« begaben sich die Männer auf eine einwöchige Reise durch verschiedene Lebensthemen, um Altes loszulassen, frei für Neues zu werden und die Balance zwischen Beruf, Partnerschaft und Familie wiederzufinden.

Es hatte bereits den ganzen Tag geregnet. Vorsichtig stiegen die Männer über Schotter und Geröll hinweg. »Bloß nicht umknicken!« so kurz vor dem Gipfel des Monte Subasio, dem sogenannten Hausberg von Assisi. Zwei Stunden war der letzte Zwischenstopp her, bei dem sie unter Leitung der katholischen Polizeiseelsorger Michael Pulger und Norbert Schmitz an einem Waldaltar unter dem Schutz der Bäume einen Gottesdienst abgehalten hatten. Thema dieses Gottesdienstes war, passend zum ungestümen Wetter und zum beschwerlichen Weg, das »Mannsein« und die Abgrenzung zwischen dem Wilden, Mutigen eines Mannes zu seiner Aggressivität.

Auch in den vergangenen vier Tagen ihrer Reise hatten die Männer zu verschiedenen Themen reflektiert. Alle Inhalte lehnten sich dabei an das Leben des Heiligen Franziskus von Assisi an: Der Sohn reicher Tuchhändler war im Jahre 1181 in Assisi geboren worden und hatte sich früh der Religion und seinem Glauben zugewandt. Er lebte trotz reichen Elternhauses in freiwilliger Armut und konnte mit der Zeit weitere Menschen von seiner Lebensweise überzeugen. Gemeinsam bildeten sie den Orden »Mindere Brüder«, heute eher bekannt als »Franziskaner«.

»Meine Arbeit als Polizist«

Franziskus veränderte Assisi, und seine Spuren sind vielerorts auch heute noch sicht- und fühlbar. So starteten die Wanderer einen Tag unter dem Motto »Vater und

Sohn« im Elternhaus des Heiligen, in dem sie sich mit ihren Rollen als Söhne und Väter bewusst auseinandersetzten.

Interessant wurde es für die Polizisten auch, als sie sich im beschaulichen Kloster San Damiano einfanden, das ein Inbegriff der franziskanischen Arbeit ist. Die ausgetretenen Treppen erzählen auch heute noch von ständigem Losgehen, Anpacken und Tun des Franziskus von Assisi vor vielen Jahren und griffen damit das Tages-thema »Meine Arbeit als Polizist« auf. In der geschützten und solidarischen Gruppe diskutierten die Männer offen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Vorstellungen sie damals zur Polizei gekommen waren, und was sie seit Jahren dort hält und bindet. Die Teilnehmer teilten ihre Gedanken zu der nicht immer einfachen Arbeit des Polizisten und ließen sich dabei von der franziskanischen Spiritualität in Assisi inspirieren: Gemeinsam und durch den gedanklichen Austausch stellten sie fest, wie bereichernd ihre Arbeit für sie ist, gerade wenn sie »Hand, Kopf und Fuß« hat und wenn sie ihr eigenes Herz und Gefühl mit einbringen können.

Die Männer setzten ihren beschwerlichen Weg über kleine Schotterpfade, Eselswege und Geröllflächen weiter in Richtung Berggipfel fort. Die zerrissenen Reste von alten Pilgersandalen am Wegesrand lassen sie ihre moderne und sichere Wanderausrüstung schätzen. »Wie beschwerlich es früher wohl war, diesen Weg mit solchen Sandalen zu bewältigen?« fragen sie sich kurz, bevor sie durch die Wolkendecke stoßen und am Gipfelkreuz Assisi von oben sehen können. Assisi, eine alte, historische Kleinstadt, deren christlich geprägte Geschichte ausreichend Anknüpfungspunkte an das Leben in der heutigen Zeit bietet.

Am letzten Abend ihrer Reise setzte die Gruppe bei einem rustikalen Mahl im Wald vor den Stadtmauern einen franziskanisch-fröhlichen Schlusspunkt für dieses erlebnisintensive und aufschlussreiche Seminar. Wesentlichen Fragen des Lebens nachzugehen und Erkenntnisse und Antworten miteinander zu teilen – das waren die Erfolgsmerkmale dieser Woche in der »Stadt des Friedens«. // Burkhard Jahn, PP Köln/Redaktion Streife



@ Informationen zum Fortbildungsangebot 2016 der katholischen Polizeiseelsorge in Nordrhein-Westfalen erhalten Sie auf den Internetseiten der Bistümer:

<http://nordrhein-westfalen.polizeiseelsorge.org/hp1/PPS-NRW-Startseite.htm>



Veranstaltungsangebote 2016

der Evangelischen Polizeiseelsorge



Bildungswochen

„Gemeinsam unterwegs“ – Wander- und Einkehrtage

13.-17.06. • Abtei Himmerod (Eifel)

Leitung: Pfarrer Jochen Wahl

Kosten: 105,- € p.P.

(GS: Westfalen)

Familien- bildungswochen

„all hands on deck“ – Sneek 5.0 Segelfreizeit für Familien mit Polizeibezug

15.-19.08. • Segelhof Rufus, Broek NL

Leitung: Pfarrer Thomas Hammermeister-Kruse und Team

Kosten: 125,- € pro Person

(GS: Westfalen)

Familien- wochenenden

„Das Leben ist kein Ponyhof“

08.-10.04. • Eslohe, Ponyhof Meier

Leitung: Pfarrer Thomas Hammermeister-Kruse

Pfarrerin Stefanie Alkier-Karweick und Team

Kosten: Erw. 65,- €, Kinder 45,- €

(GS: Rheinland)

„Adventszeit – Zeit der Besinnung?!“

25.-27.11. • Eslohe, Ponyhof Meier

Leitung: Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen und Team

Kosten: Erw. 70,- €, Kinder 50,- €

(GS: Rheinland)

Anmeldung und Infos

bei den jeweils genannten Geschäftsstellen
(GS) der Landespfarrämter

Westfalen:

Landespfarramt der EKVW für den

Kirchlichen Dienst in der Polizei

Melchersstr. 57 · 48149 Münster

Tel. 0251/2006880 · Fax: 0251/2006881

e-mail: kirchlicher.dienst.muenster@t-online.de

www.polizeiseelsorge-westfalen.de

Rheinland:

Landespfarramt für
Polizeiseelsorge der EKIR

Sabine vom Bey · Missionsstr. 9 a/b · 42285 Wuppertal

Tel. 0202/2820350 · Fax: 0202/2820360

e-mail: polizeiseelsorge@ekir.de

www.polizeiseelsorge-rheinland.de

Stand: Oktober 2015

Berufsethische Fachseminare

„Alles aus dem Effe?!“ – Berufsethisches Seminar für Polizistinnen in Führungspositionen

11.-12.02. • Haus Nordhelle (Sauerland)

Leitung: Pfarrerin Stefanie Alkier-Karweick

Pfarrerin Judith Palm

Kosten: 50,- € p.P.

(GS: Westfalen)

Begegnungstage „Polizei und Flüchtlinge“

07.-09.03. • CVJM-Jugendbildungsstätte Siegerland
(Wilgersdorf)

Leitung: Pfarrer Jochen Wahl

Kosten: 70,- € p.P.

(GS: Westfalen)

Stille-Seminar:

„Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen. Woher kommt mir Hilfe?“ (Ps 121,1)

04.-08.04. • Rengsdorf, Haus der Stille

Leitung: Pfarrerin Judith Palm

Pfarrer Folkhard Werth

Kosten: 189,- € p.P.

(GS: Rheinland)

„Belastungen abschütteln“ – Bioenergetik-Seminar: Körper – Seele – Geist

10.-11.05. • Haus Nordhelle (Sauerland)

Leitung: Pfarrerin Pia Winkler

PHK Frank Ginzel

Kosten: 40,- € p.P.

(GS: Westfalen)

„Leichensachen“ – Vom polizeilichen (Über)-Leben im Umfeld toter Menschen

30.-31.05. • Evang. Akademie Hofgeismar

Leitung: Pfarrerin Pia Winkler

Pfarrer Folkhard Werth

Kosten: 50,- € p.P.

(GS: Westfalen)

„Wertschätzung contra innere Kündigung“

08.-10.06. • Zell/Mosel, Jugendbildungsstätte
Marienburg

Leitung: Pfarrer Reinhard Behnke

Dipl. Soz. arb. Martin Schwab

PHK Volker Barth

Kosten: 75,- € p.P.

(GS: Rheinland)

„AUS-ZEIT“ – Schnuppertage Spiritualität

22.-24.06. • Kall, Kloster Steinfeld

Leitung: Pfarrer Werner Schiewek

Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen

Kosten: 80,- € p.P.

(GS: Rheinland)

„An Grenzen kommen“ – Demenz in der eigenen Familie

14.-15.09. • Kall, Kloster Steinfeld

Leitung: Pfarrer Werner Schiewek

Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen

Kosten: 45,- € p.P.

(GS: Rheinland)

„Ruhestand – erseht und gefürchtet“

04.-05.10. • Kleinich/Hunsrück, Landhaus Arnoth

Leitung: Pfarrer Reinhard Behnke

Dipl. Soz. arb. in Martina Müller

Kosten: 50,- € p.P.

(GS: Rheinland)

„Den anderen und sich selbst gerecht werden“ – Berufsethisches Seminar für Soziale AnsprechpartnerInnen

06.-07.10. • Haus Nordhelle (Sauerland)

Leitung: Pfarrerin Stefanie Alkier-Karweick

Pfarrer Thomas Hammermeister-Kruse

Kosten: 50,- € p.P.

(GS: Westfalen)

Stille-Seminar:

„Atem holen für die Seele“

07.-11.11. • Rengsdorf, Haus der Stille

Leitung: Pfarrerin Judith Palm

Pfarrerin Monika Weinmann

Kosten: 189,- € p.P.

(GS: Rheinland)

„Damit habe ich nicht gerechnet ...“ Seminar für Trauernde in der Polizei

21.-24.11. • Kall, Kloster Steinfeld

Leitung: Pfarrer Reinhard Behnke

Pfarrer Folkhard Werth

Kosten: 120,- € p.P.

(GS: Rheinland)

„Aller Anfang ist ...“

Seminar für Polizisten und Polizistinnen in den ersten 5 Dienstjahren

30.11.-1.12. • Haus Nordhelle, Meinerzhagen

Leitung: Pfarrerin Pia Winkler, Judith Palm

Pfarrer Thomas Hammermeister-Kruse

Kosten: 50,- € p.P.

(GS: Westfalen)

Evangelische Kirche
von Westfalen



Hinweis zum Thema „Dienstbefreiung“

Gem. Art. 11 der „Vereinbarung über die Wahrnehmung der Ev. Polizeiseelsorge im Land Nordrhein-Westfalen“ (Mbl. NW 1962, S. 1355) können Sie nach § 7 Satz 1 Nr. 3 als Polizeibeamtin/Polizeibeamter Dienstbefreiung beantragen. Die Seminare werden gemäß den Bestimmungen des Weiterbildungsgesetzes (WbG) durchgeführt.



EVANGELISCHE
KIRCHE
IM RHEINLAND

ABBA The Show

Die Streife verlost 3 x 2 Tickets



Streife-Leser erhalten 5 Euro Rabatt in der PK1 bis PK3 unter der Nennung des Kennwortes »Vorteile«. Dies gilt je nach Verfügbarkeit auf den Ticketendpreis zzgl. Versand. Der Rabatt gilt nicht auf bereits gebuchte Tickets.

Karten gibt es unter der Ticket-Hotline: 01805-911 505 (0,14 EUR/Min – Mobilfunkpreise max. 0,42 EUR/Min) oder online unter www.semmel.de/vorteile.

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 25. Januar 2016 einsenden an:

Innenministerium NRW, Redaktion Streife
Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf

E-Mail: streife@mik.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

Sie waren eine der größten und einflussreichsten Pop-Legenden des 20. Jahrhunderts und verkauften mehr als 380 Millionen Platten: Die schwedische Band ABBA. Für viele Fans sind sie auch heute noch Kult. Die Tribute-Show »ABBA The Show« lässt die Ära um die vier Schweden im Jahr 2016 erneut aufleben. Mit einer zehnköpfigen Band, Originalmusikern und dem renommierten National Symphony Orchestra of London werden die größten ABBA-Hits live in concert dargeboten. Die Streife verlost 3 x 2 Freikarten für die Show am 01.03.2016 in Düsseldorf.

Der Erfolg der Tribute Show liegt vor allem an der Nähe zum Original und in einer Bühnenshow, die mit über 30 Musikern Welthits wie »Dancing Queen«, »Money, Money, Money« oder »Mamma Mia« authentisch in Szene setzt. Von den Kostümen über den Sound bis hin zur Atmosphäre ist »ABBA The Show« mit viel Liebe zum Detail konzipiert. Die Band »Waterloo« um die Frontfrauen Katja Nord und Camilla Dahlin feiert 2016 zudem auch selbst Jubiläum: Vor genau 20 Jahren beschlossen die beiden Sängerinnen, ihre Coverband zu gründen. Bereits bei ihrem ersten Auftritt war Originalmusiker Ulf Andersson mit Saxophon-Parts dabei – bis heute ist er mit »ABBA The Show« auf der Bühne unterwegs. Auch der ABBA-Gitarrist Janne Schaffer spielt Gastauftritte.

Taschenbuch	Körperbau-lehrer	Noten-ständer	ohne Ver-packung	sand-farben	Halbton über a	hauch-dünne Pfann-kuchen	Kurzform von Kenneth
längl. Verlie-fung, Fuge	Schrott	dt. Star-architekt (Frei) † 2015	Figur in „Die Fleder-maus“	Schlag-zeug-zubehör (Jazz)	starkes Seil	Auflösung des letzten Rätsels ■ S ■ R ■ H ■ T ■ ■ ■ ■ ■ ■ I ■ R ■ R ■ E ■ W ■ U ■ R ■ Z ■ E ■ L ■ L ■ A ■ E ■ N ■ G ■ E ■ H ■ U ■ L ■ A ■ S ■ A ■ T ■ I ■ N ■ E ■ R ■ O ■ T ■ I ■ K ■ G ■ B ■ A ■ N ■ D ■ D ■ A ■ T ■ E ■ R ■ E ■ G ■ E ■ A ■ G ■ O ■ T ■ E ■ N ■ ■ ■ ■ E ■ A ■ V ■ E ■ R ■ S ■ B ■ I ■ L ■ L ■ Y ■ ■ ■ ■ ■ ■ E ■ G ■ A ■ L ■ ■ ■ A ■ U ■ A ■ ■ ■ ■ B ■ E ■ N ■ E ■ H ■ M ■ E ■ N ■ ■ ■ ■ E ■ R ■ D ■ E ■ ■ ■ I ■ N ■ S	
Abk.: nicht vor-handen	Abk.: Südwest	Anfang, Start	2	Abk.: Winter-schluss-verkauf	1	5	3
ein Zahl-wort	Schwung	angebl. Schneemensch i. Himalaja	Wertbez. auf jap. Brief-marke	starkes Seil	4	5	3
ein Zahl-wort	Schwung	angebl. Schneemensch i. Himalaja	Wertbez. auf jap. Brief-marke	starkes Seil	4	5	3

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktion

Ralf Hövelmann und Sonja Petrović
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streifen*
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366

Internet: www.streifen.polizei.nrw.de

E-Mail: streife@mik.nrw.de

ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Burkhard Jahn, PP Köln
Patrick Kiehne, LAFP NRW
Walter Liedtke
Sonja Petrović, MIK NRW
Dominic Reese, MIK NRW
Armin Schulz, LKA NRW
Silke Wehmhörner, MIK NRW
Simone Wroblewski

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck

PHOENIX PRINT GmbH, Würzburg

Papier: Bright matt,

PEFC-zertifiziert



Förderung nachhaltiger
Waldwirtschaft

www.pefc.de

Die *Streifen* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streifen* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Illustration Titel: Jürgen Schmitz

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen